



Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik

„Überall kocht und brodelt es ...“

Stasi am Ende – die ersten Tage der Friedlichen Revolution in Sachsen



„Überall kocht und brodelt es ...“

Stasi am Ende – die ersten Tage der Friedlichen Revolution in Sachsen

Inhalt

Vorwort	<hr/>	5
25.09.–04.10.1989	<hr/>	8
Montagsgebet in Leipzig		9
Sonderzüge mit Botschaftsflüchtlingen in Richtung BRD		12
Auflösung einer Montagsdemonstration in Leipzig		20
Ausreiseverbot in die ČSSR		23
Lagebericht vom Hauptbahnhof Dresden		26
Maßnahmen zur „Aktion Zug“ und Lagebericht in Dresden		28
05.10.–06.10.1989	<hr/>	40
Demonstration in Dresden		41
Information zu Misshandlungen von Demonstranten in Dresden		42
Protokoll zur Dienstversammlung der BV Karl-Marx-Stadt über die aktuelle Lage		43
Ergebnisse der Postkontrolle im Bezirk Karl-Marx-Stadt		52
07.10.–09.10.1989	<hr/>	56
Lageeinschätzung im Bezirk Karl-Marx-Stadt und Plauen		57
Erklärung der Freiwilligen Feuerwehr zum Einsatz in Plauen		64
Lagebericht zu Vorkommnissen in Dresden		68
Protokoll zum Einsatz der VP in Leipzig		72
Tatsachenbericht einer Betroffenen an die Staatsanwaltschaft in Leipzig		75
Maßnahmen des MfS gegen Demonstranten		78
Forderung zur Gesprächsbereitschaft		79
Aufruf zur gewaltfreien Demonstration in Leipzig		83
Maßnahmen zur medizinischen Versorgung		84
Reaktionen der Bevölkerung		86
Nachwort	<hr/>	95
Anhang	<hr/>	96
Abkürzungsverzeichnis		97
Der BStU und seine Außenstellen		101
Quellennachweis		104

Vorwort



1

„Die Ereignisse überschlagen sich. Es herrscht eine explosive Stimmung. Überall kocht und brodelt es, warum ignoriert die Regierung die Bevölkerung der DDR? Warum ändert sich nichts?“¹

Im Oktober 1989, kurz vor dem Jahrestag des 40-jährigen Bestehens der DDR, stellten sich immer mehr unzufriedene Bürger diese Fragen.

Die Ausreisebewegung hatte Ende der 1980er Jahre einen neuen Höhepunkt erreicht. Viele Menschen hatten keine Hoffnung mehr darauf, dass die erstarrte Führungsriege unter Honecker Wandel zulassen würde und sahen ihre letzte Möglichkeit darin, die DDR zu verlassen. Unter dem Eindruck der Grenzöffnung zwischen Ungarn und Österreich im Mai 1989 wurden zunehmend Forderungen nach Reisefreiheit laut. Als im Spätsommer tausende DDR-Bürger bundesdeutsche Botschaften in Budapest, Prag und Warschau sowie die Ständige Vertretung in Ost-Berlin besetzten, um ihre Ausreise in den Westen zu erzwingen, verschärftete sich die Flüchtlingskrise noch.

Doch vor dem Hintergrund dieser Massenflucht verstärkte sich auch der Widerspruch von Menschen, die nicht ausreisen, sondern in der DDR bleiben und vor Ort etwas verändern wollten. Verstärkt trugen sie ihre Unzufriedenheit mit den bestehenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und ihre Forderungen nach Reformen an die Öffentlichkeit.

Die Geschehnisse spitzten sich im Vorfeld des 40. Jahrestags der DDR-Staatsgründung immer weiter zu. Es herrschte eine angespannte Atmosphäre. Da die DDR-Regierung die blutige Niederschlagung der

Abb. 1
Teilnehmer des Montagsgebets versammeln sich am 4. September 1989 im Nikolaikirchhof in Leipzig zur Demonstration. Ihnen werden Transparente mit Losungen wie „Für ein offenes Land mit freien Menschen“ entzogen.
Foto: BStU, MfS, BV Leipzig, KD Leipzig-Stadt 03348, S. 1/Bild 27

¹ Quelle: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, M 194, S. 2

Studentenproteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking im Juni 1989 begrüßt hatte, waren die Befürchtungen, auch sie wäre zur gewaltsamen Niederschlagung von Demonstrationen bereit, groß.

Die Ereignisse von Ende September bis Anfang Oktober 1989 in den ehemaligen Bezirken der DDR Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt fanden vor diesem Hintergrund statt und stehen im Mittelpunkt des vorliegenden Themenhefts des BStU. Zum 25. Jubiläum der Friedlichen Revolution wurden Dokumente aus den Archiven des BStU in Leipzig, Dresden und Chemnitz chronologisch zusammengestellt, um aufzuzeigen, wie sich die damalige Umbruchssituation in den Stasi-Unterlagen widerspiegelt. Sie geben einen plastischen Einblick in die Sichtweisen von SED, Polizei, des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und zeigen, wie diese auf die Vorgänge im Herbst 1989 reagierten, ohne dass eine quellenspezifische Interpretation mitgeliefert würde. Denn das Spannende und Interessante bei der Arbeit mit historischen Quellen und Stoffen ist nicht zuletzt in dem Umstand zu sehen, dass die Leser und Leserinnen historischer Quellen ganz unterschiedliche Interpretationen für historische Ereignisse vornehmen können wie Rückschlüsse auf spätere Vorgänge oder gar Analogieschlüsse zur Gegenwart zu ziehen.

Die ausgewählten Dokumente nehmen die Geschehnisse sowohl in Leipzig, wo sich seit Spätsommer das politische Geschehen rund um die Friedensgebete in der Nikolaikirche verdichtete, als auch die Ausschreitungen am Dresdner Hauptbahnhof und die Proteste in Plauen und Karl-Marx-Stadt in den Blick. Damit behandeln sie jene Zeitspanne des gesellschaftlichen und politischen Umbruchs, in welcher der friedliche Verlauf der Revolution noch keineswegs abzusehen war.

In Leipzig spitzte sich ab September 1989 die Lage zu. Am 4. September war es nach dem Friedensgebet in der Nikolaikirche wie bereits in den Wochen vor der Sommerpause der Gebete zur gewaltsamen Auflösung einer Menschenansammlung gekommen, was sich nun wöchentlich mit den Montagsdemonstrationen wiederholte. Dennoch bildeten sich auch nach den Montagsgebeten am 25. September und 2. Oktober erneut Demonstrationszüge über den Leipziger Georgiring. Obwohl die Sicherheitskräfte massiv gegen „derartige Provokationen“ vorgingen und viele Demonstranten „zugeführt“ wurden, ließ sich die empörte Bevölkerung nicht mehr von Demonstrationen abhalten. Die Stasi stellte fest, dass „eine Auflösung derartiger Personenansammlungen ... ohne massiven Einsatz polizeilicher Hilfsmittel, einschließlich Wasserwerfer, nicht mehr möglich“ sein würde.²

In den Bezirken Dresden und Karl-Marx-Stadt kam es im Zusammenhang mit den Botschaftszügen aus Prag zur Konfrontation zwischen Bürgern und Sicherheitskräften. Nachdem Bundesaußenminister Genscher den Prager Botschaftsflüchtlingen am 30. September ihre Ausreisegenehmigung in die Bundesrepublik verkündet hatte, fuhren die ersten Sonderzüge am 1. Oktober Richtung Westen. Die Bedingung der SED-Führung, die Züge offiziell über das Territorium der DDR fahren zu lassen, erwies sich im Nachhinein als verfehlt. Denn in der Nacht vom 4. auf den

5. Oktober eskalierte die Situation am Dresdner Hauptbahnhof. Ausreisewillige aus der gesamten DDR versuchten in den Bahnhof vorzudringen, um auf die durchfahrenden Züge aufzuspringen, die nun die letzte Hoffnung auf freie Ausreise symbolisierten. Durch massiven Einsatz der Polizeieinheiten wurden sie zurückgedrängt; auch gegen Unbeteiligte wurde brutal eingegriffen. Demonstranten warfen Steine und beschädigten das Bahnhofsgebäude. Der Protest weitete sich in den folgenden Tagen aus: auf das Dresdner Stadtgebiet, den Hauptbahnhof in Karl-Marx-Stadt und weitere Bahnhöfe in den Bezirken Dresden und Karl-Marx-Stadt, die die Sicherheitskräfte mit äußerster Härte räumten.

Am 7. Oktober konnten trotz verstärkter Maßnahmen der Staatsführung für einen störungsfreien Ablauf der offiziellen Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag erneute „Provokationen“ in vielen Städten der DDR nicht verhindert werden.

In Plauen kamen mehrere tausend Menschen auf dem Theaterplatz zusammen – bezogen auf die Einwohnerzahl weit mehr als bei allen anderen Demonstrationen, die in zahlreichen Städten der DDR wie Berlin, Leipzig, Karl-Marx-Stadt u. a. an diesem Tage stattfanden. Die Einsatzkräfte versuchten vergeblich, den Demonstrationszug auf dem Weg zum Rathaus auseinanderzutreiben. Zum ersten Mal gelang es der Staatsmacht nicht mehr, einen Massenprotest der eigenen Bürger gewaltsam aufzulösen. In Karl-Marx-Stadt führte nach einer abgebrochenen Informationsveranstaltung im Theaterpalast Luxor ein Schweigemarsch in Richtung Rathaus, der von Polizeikräften mit Schlagstock- und Hubschraubereinsatz aufgelöst wurde. Auch in Dresden und Leipzig schritten die Sicherheitskräfte gegen Demonstranten und Unbeteiligte ein, doch konnte dieser brutale Einsatz die aufgebrachten Bürger nicht mehr von weiteren Protesten abhalten.

In Dresden ging am Abend des 8. Oktober SED-Bezirkschef Modrow auf die zentrale Forderung der von der Polizei eingekesselten Demonstranten, den Einsatz von Gewalt zu stoppen, ein. Oberbürgermeister Berghofer erklärte sich zu Gesprächen mit der von den Demonstranten gewählten „Gruppe der 20“ bereit. Ein wichtiger erster Schritt, doch noch kein Durchbruch.

Im Hinblick auf die nächste Montagsdemonstration am 9. Oktober in Leipzig gab es große Befürchtungen vor einer erneuten Eskalation der Gewalt. Die Staatsmacht zeigte sich entschlossen, das Aufgebot an Einsatzkräften war massiv ausgerüstet und Krankenhäuser wurden auf einen möglichen erhöhten Bedarf an medizinischer Versorgung vorbereitet. Trotz dieser bedrohlichen Kulisse fanden sich etwa 70.000 Menschen aus Leipzig und vielen anderen Städten zu einem friedlichen Marsch durch die Innenstadt zusammen. Verschiedene Aufrufe zur Gewaltlosigkeit und die große Menge an Demonstranten hatten Wirkung gezeigt und zu einem gewaltfreien Ausgang der Demonstration geführt, in deren Verlauf die Sicherheitsorgane wider Erwarten zum ersten Mal nicht mehr gewaltsam eingriffen. Diesen „Übergang zur Gewaltlosigkeit“ bewertete die Bevölkerung als „Symbol für den beginnenden Dialog“.³

² Quelle: BStU, MfS, HA IX 10768, S. 108

³ Quelle: BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 01827, S. 3

25.09.-04.10.1989

25.09.-04.10.1989

9

generalleitnant neiber
zaig
zos
zkg
~~ha roem 2~~
~~ha roem 9~~
~~ha roem 20~~

Q-A 250989 4098

BSIU
000106

W.

Ref. 2

VIE-186.16.
JL

information ueber die im anschluss an das "montagsgebet"
am 25.09.1989 in der leipziger nikolaikirche stattgefundene
provokation

am 25.09.1989 fand in der zeit von 1705 uhr bis 1755 uhr unter
teilnahme von ueber 2000 personen das "montagsgebet" in der
nikolaikirche leipzig statt.

die kirche wurde wegen ueberfuellung geschlossen. weitere unge-
faehr 1000 personen verblieben auf dem kirchenvorplatz und zugangs-
straszen.

durch pfarrer fuehrer, der das "montagsgebet" eroeffnete, erfolgte
das verlesen eines briefes an den rat der stadt leipzig,
abteilung innere angelegenheiten, sektor kirchenfragen, vom 20.09.89
betriffs des " montagsgebetes " am 18.09.89, der von ihm und
dem stellvertretenden superintendenten wuk unterzeichnet und
in dem ihr ablehnender standpunkt zu den masnahmen der
staatlichen organe dokumentiert ist (anlage).

fuehrer gab bekannt, dass zur "entlastung der montagsgebete"
in der nikolaikirche und zur "erweiterung der basis " friedens-
gebete zusaetzlich jeweils sonnabends in leipziger kirchen statt-
finden sollen. des weiteren gab er termine und orte zu fuerbit-
andachten fuer inhaftierte bekannt.

das "montagsgebet" wurde durch den hinlaenglich bekannten pfarrer
wonneberger und den vom ihm geleiteten arbeitskreis "menschen-
rechte" zum thema "gewalt" gestaltet. dabei wurde ausgefuehrt,
dass gewalt wieder gewalt erzeuge und u.a. die aussagen getroffen:
wer den knueppel zieht, musz auch den helm tragen und: wenn die
verfassung nicht dem buerger nuetzt, musz die verfassung geaendert
werden.

danach wurden durch mitglieder dieses arbeitskreises fuer bitten
fuer in der ddr und in der cssr inhaftierte, darunter fuer die
am 18.09.1989 in leipzig inhaftierten personen, fuer die opfer
des suedafrikanischen und des ira-terrors gesprochen sowie
erneut fuer bitte fuer die "polizisten, die gegen ihren willen die
staatsmacht verkoerpern muessen" gehalten.

BStU
000107

- blatt 2 -

zum abschluss wurde durch das mitglied des arbeitskreises
[REDACTED] dazu aufgefordert, beim verlassen der kirche sich
ruhig, besonnen und gefasst zu verhalten, zur beruhigung
lieder zu singen, bei konfrontation mit den sicherheitsorganen
sich unterzuheken und sich hinzusetzen, bei festnahmen laut
den eigenen namen zur benachrichtigung ihrer angehoerigen zu
rufen, bei abtransport mit lkw die zahl der zugefuehrten laut-
stark zu verbreiten und bei vernehmungen die aussagen bis
auf personalangaben zu verweigern und keine unterschriften zu
leisten.

durch diese gestaltung des "montagsgebetes" entstand unter
den teilnehmern eine aggressive angeheizte atmosphaere.

nach beendigung verlieszen die teilnehmer die nikolaikirche,
vereinten sich mit den dort verbliebenen, so dass gegen 1820 uhr
die ansammlung auf ungefaehr 3.500 personen anwuchs. inmitten
dieser personenansammlung formierten sich ungefaehr 300 personen
von denen sprechchoere wie "freiheit, freiheit, freiheit"
und " freiheit, gleichheit, bruederlichkeit" sowie der abgesang

der "internationale" und "we shall overcome" ausgingen.
ausgehend davon begann gegen 1830 uhr eine demonstrative per-
sonenbewegung durch die ritterstrasze ueber die grimmische
strasze, karl-marx-platz zum georgiring. dabei kam es zeitweise
zur blockierung des fahrzeugverkehrs.

gegen 1850 uhr bewegte sich die zwischenzeitlich auf ungefaehr
4.000 personen angewachsene personenansammlung auf voller straszen-
breite ueber den georgiring zum hauptbahnhofsvorplatz, wobei
durch etwa 300 - 500 besonders aktiv handelnde personen
die "internationale" abgesungen und mit sprechchoeren bei
erhobenen faeusten "neues forum zulassen" gerufen wurde.
die provokative demonstration bewegte sich vom hauptbahnhofsvor-
platz weiter ueber den troedlerring bis zum friedrich -engels-
platz und von da aus zurueck zum hauptbahnhof, dabei loeste
sie sich teilweise auf.

BStU
000108

- blatt 3 -

ungefaehr 800 personen begaben sich in die westhalle des haupt-
bahnhofes, wobei sie wiederum mit sprechchoeren "neues forum
zulassen" auftraten, ab 1945 uhr wurden gegen diese personen-
konzentration in der westhalle aufloesegruppen der dvp eingesetzt.
da ab 2020 uhr keine konzentration von personen in der leipziger
innenstadt mehr vorhanden waren, wurde durch die einsatzkraefte
der dvp zur nachsicherung uebergegangen.
losungen, transparente usw. wurden nicht festgestellt.

am 25.09.1989 befand sich in leipzig ein zdf-team unter leitung
des korrespondenten [REDACTED], das bereits in den nachmittags-
stunden versuchte, in die leipziger innenstadt zu gelangen,
was im operativen zusammenwirken mit kraeften der vp offensiv
verhindert wurde.

insgesamt erfolgten 6 zufuehrungen (keine asta). differenzierte
rechtliche entscheidungen werden noch vorgeschlagen.

polizeiliche hilfsmittel kamen nicht zum einsatz.

eine aufloesung derartiger personenansammlungen von anfang an
und in der bewegung ist ohne massiven einsatz polizeilicher
hilfsmittel, einschliesslich wasserwerfer, nicht mehr moeglich.

zur kuenftigen unterbindung derartiger provokationen im an schlus
an die "montagsgebete" ist ihr staatliches untersagen unum-
gaenglich, da alle bisher durchgefuehrten gespraechen mit kirch-
lichen amstraegern, einschliesslich landesbischof hempel, ohne
wirkung blieben.

Transportpolizei - Amt Dresden

- Der Leiter -

S a c h s t a n d s b e r i c h t

zum unberechtigten Zustiegen von drei momentlich unbekannten Personen auf den Sonderzug 23 362 in Richtung RND auf dem Hauptbahnhof Dresden am 01.10.1989. 03.45 Uhr

Dresden, den 01.10.89

BStU
000001

Entsprechend der abgestimmten Aufgabenstellung hatten die eingesetzten Kräfte der Schutzpolizei und Diensteinheit ZBK den Auftrag, den Bahnsteig 1/2, an dem der Sonderzug 23 362 planmäßig Durchfahrt hatte, in der Tiefe abzusichern und auf dem Bahnsteig nicht präsent zu sein.

Zum Zeitpunkt der Einfahrt des Zuges befanden sich der Leiter des Bahnhofs, drei weitere Eisenbahner sowie eine männliche Person auf dem Bahnsteig. Der erfolgte Betriebshalt des Sonderzuges war den eingesetzten operativen Kräften, einschließlich des ODH des TPA und des Leitungsdienstes des TPA, Ge-
nossen Hanßmann der VP Gelschlüger, nicht bekannt.

Der notwendige Betriebshalt zum Verlassen des Triebfahrzeugs durch den Lotsen war in Dresden-Alstadt vorgesehen.

Eine sofortige Rücksprache durch den Leitungsdienst des TPA bei dem Leitungsdienst der Reichsbahndirektion Dresden, Ge-
nossen Reichsbahndirektor Dietze, Vizepräsident Ökonomie, ergab, daß er den Betriebshalt auf dem Bahnhof Dresden-Hauptbahnhof zugestimmt hat, um den eingesetzten Lotsen schnell wieder zur Verfügung zu haben.

Die Befragung der zur Sicherung eingesetzten Schutzpolizisten ergab, daß sie die unbekannte männliche Person für einen Angehörigen des Schutz- und Sicherheitsorgans bzw. Staats-
organs hielten. Entsprechend ihres Auftrages, auf dem Bahnsteig nicht präsent zu sein, führten sie auch keine Kontrollmaßnahmen durch.

Während des Haltes des Sonderzuges stieg die unbekannte männliche Person in den Sonderzug ein und zwei weitere Personen (männlich und weiblich), die plötzlich auf den Bahnsteig gerannt kamen, sprangen auf den bereits angefahrenen Zug auf.

BStU
000002

- 2 -

Die eingesetzten Genossen hatten zum Zeitpunkt des Feststellens keine Möglichkeit mehr, das unberechtigte Zustiegen dieser drei Personen zu verhindern.

Zu den momentlich unbekannten Personen gibt es folgende Personenbeschreibungen:

männliche Person, die bereits auf dem Bahnsteig war:

cirka 170 - 175 cm groß, schlanke Gestalt,
Bekleidung: Hose dunkel, Jacke hell

Personen, die auf den Bahnsteig gerannt kamen:

weiblich: circa 160 - 165 cm groß, wollslanke Gestalt
männlich: circa 170 - 175 cm groß, schlanke Gestalt
Bekleidung für beide Personen: Hose dunkel, Jacke dunkel

Das Zustiegen bzw. Aufspringen der Personen konnte nur durch die sich auf dem Bahnsteig befindlichen Eisenbahner unmittelbar beobachtet werden.

Dieses Vorkommnis war Veranlassung, das notwendige Betriebshalt außerhalb des Bahnhofs Dresden-Hauptbahnhof zu fordern, was auch exakt durchgesetzt wurde.

Pfau
Oberst der VP

J. BSE 8

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt

**ESTU
000055**

**Streng vertraulich
Um Rückgabe wird gebeten!**

Karl-Marx-Stadt, 1. 10. 1989

**5 Blatt
+ Anlagen
1. Exemplar**

**Nr. 518/89
J. BSE 8**

**Nur zur persönlichen
Information!**

**INFORMATION
über**

die Durchführung zentral festgelegter Maßnahmen im Zusammenhang mit der Ausweisung von Bürgern der DDR, die sich rechtswidrig in den diplomatischen Vertretungen der BRD in der CSSR aufhielten

Verteiler:

**1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt/
Genossen BARTL**

Zentrale

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

**ESTU
000056**

Auf der Grundlage zentral festgelegter Maßnahmen zur Ausweisung über das Territorium der DDR nach der BRD von Bürgern der DDR, die sich rechtswidrig in den diplomatischen Vertretungen der BRD in der CSSR aufhielten, wurden am 30. 9. 1989 durch die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Karl-Marx-Stadt im Zusammenwirken mit der BOPV Karl-Marx-Stadt und den Kräften des Transportpolizeiamtes Karl-Marx-Stadt, Sitz Zwickau, die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet und durchgeführt. Darüber hinaus kam zur Unterstützung dieser Maßnahmen vor Ort auf dem Bahnhof in Reichenbach eine Arbeitsgruppe der Hauptabteilung Innere Angelegenheiten des Ministeriums des Innern unter Leitung eines stellvertretenden Hauptabteilungsleiters zum Einsatz.

Entsprechend den zentralen Festlegungen wurden durch die Deutsche Reichsbahn insgesamt 6 Sonderzüge in Prag für den Transport der in der Botschaft aufhältigen DDR-Bürger bereitgestellt, die zeitversetzt über die Grenzübergangsstellen Bad Schandau, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Zwickau ohne Halt bis Reichenbach fuhren.

In Reichenbach erfolgte während eines zirka 45minütigen Haltes dieser Züge durch die dafür eingesetzten Mitarbeiter der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Karl-Marx-Stadt als Mitarbeiter der Abteilung Inneres des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt der Einzug der Personaldokumente bzw. bei Nichtvorhandensein derartiger Dokumente die Feststellung der Personalien der im Zug befindlichen Personen. Im Verweigerungsfall waren die Einsatzkräfte angewiesen, keine weiterführenden Maßnahmen zur Personalienfeststellung durchzuführen. Derartige Erscheinungen stellten jedoch die Ausnahme dar.

Nach der Abfertigung fuhren die Züge über die Grenzübergangsstelle Gutenfürst, wo lediglich eine kurze Kontrolle des Zugpersonals erfolgte, in die BRD nach Hof weiter.

Nach bisher vorliegenden Informationen befanden sich in den 6 Zügen insgesamt

**5273 Personen, darunter
652 Kinder.**

Von diesen hatten

356 Personen

ihren letzten Wohnsitz in der DDR im Bezirk Karl-Marx-Stadt.

BStU
000057

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT 3

Im Ergebnis der Abfertigungs- und Kontrollmaßnahmen wurde festgestellt, daß mehr als 50 Prozent der in den Zügen befindlichen Personen erst am 29. 9. 1989 bzw. 30. 9. 1989 in die CSSR ausgereist sind.

Eine Wertung der altersmäßigen Zusammensetzung der ehemals im Bezirk wohnhaften ausgewiesenen DDR-Bürger zeigt, daß es sich überwiegend um Personen im Alter bis 30 Jahre handelt.

Alle Züge wurden durch Vertreter der BRD begleitet, die sich mit ihren Diplomatenpässen legitimierten.

Im letzten Zug fuhr der Botschafter der BRD in der CSSR, Dr. HUBER, selbst mit.

Durch diesen wurden 6 Personen, darunter 1 Einwohner des Bezirkes (siehe Anlage), aus dem Zug an den Beauftragten der Abteilung Innere Angelegenheiten des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt mit der Bemerkung übergeben, daß diese Personen entsprechend einer Absprache mit Rechtsanwalt Prof. VOGEL ihren Wohnort aufsuchen und von dort aus gemeinsam mit ihren Familienangehörigen innerhalb von 8 Wochen für ständig aus der DDR ausreisen könnten.

Im einzelnen wurden die Züge am 1. 10. 1989 zu folgenden Zeiten abgefertigt:

	Ankunft Reichenbach	Abfahrt Reichenbach	Passieren der GÜST Gutenfürst
Zug 1	3.57	4.50	5.58
Zug 2	6.29	7.17	8.19
Zug 4	8.24	8.50	9.52
Zug 5	9.40	10.36	11.33
Zug 6	11.26	12.25	13.15
Zug 3	14.25	15.30	16.33

Die verspätete Ankunft des Zuges 3 resultiert aus einem auf dem Territorium der CSSR eingetretenen technischen Defekt der Lokomotive.

BStU
000058

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT 4

Im Zeitraum der gesamten Aktion kam es zu keinen öffentlichkeitswirksamen Vorkommnissen. Das resultiert in erster Linie aus dem politisch klugen, äußerst besonnenen, standhaften und taktisch richtigen Verhalten sowohl der Einsatzkräfte in den Zügen während des Haltes in Reichenbach als auch der zur Absicherung der Bahnhöfe und Transportwege eingesetzten Angehörigen der Deutschen Volkspolizei sowie aus dem abgestimmten, kameradschaftlichen Zusammenwirken aller in die Maßnahmen einbezogenen Kräfte.

Die eingesetzten Kräfte, einschließlich der ihren Dienst verrichtenden Eisenbahner, ließen sich auch dann nicht provozieren, als insbesondere beginnend mit dem zweiten Zug die in diesen Zügen befindlichen Personen, vor allem Jungerwachsene, zunehmend aggressiver und provokatorischer auftraten. So wurden durch diese Jungerwachsenen Fahnen der BRD geschwenkt, Embleme mit dem Bundesadler demonstrativ aus dem Fenster gehalten sowie das "Deutschlandlied" gebröhlt.

Angehörige der Transportpolizei und auf dem Bahnhof tätige Eisenbahner wurden mit Abfallbeuteln, Hartgeld und anderen Gegenständen beworfen sowie als "Bullen" und "Schweine" auf übelste Weise beschimpft.

Ein analoges provokatorisches Auftreten zeigten diese Personen auch gegenüber den Einsatzkräften der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit während der Abfertigung in Reichenbach.

Infolge des Randalierens und unflätigen Verhaltens eines großen Teils der in den Zügen befindlichen Personen wurden die Gleiskörper und insbesondere die Bahnsteige im Bahnhof Reichenbach erheblich verunreinigt (siehe Bildanlage). Nach der Abfahrt jedes Zuges wurde der Bahnhof gereinigt.

Versuche einzelner Einwohner des Bezirkes Karl-Marx-Stadt, ihre Sympathie für die in den Zügen befindlichen Ausgewiesenen auf den Bahnhöfen in Reichenbach bzw. Plauen zu bekunden, wurden im Ansatz verhindert. So löste sich eine Gruppe von zirka 10 Jugendlichen auf dem Bahnhof in Reichenbach gegen 3.40 Uhr allein durch die Präsenz der Sicherungskräfte auf.

Eine Ansammlung von zirka 70 Personen auf dem Richtungsbahnsteig Gutenfürst des Oberen Bahnhofs Plauen erreichte keinerlei Wirksamkeit, da die Züge über den Güterbahnhof geleitet wurden.

Die Aktion wurde am 1. 10. 1989 gegen 17.00 Uhr abgeschlossen, nachdem der letzte Sonderzug die Grenzübergangsstelle Gutenfürst ohne Vorkommnisse passiert hatte.

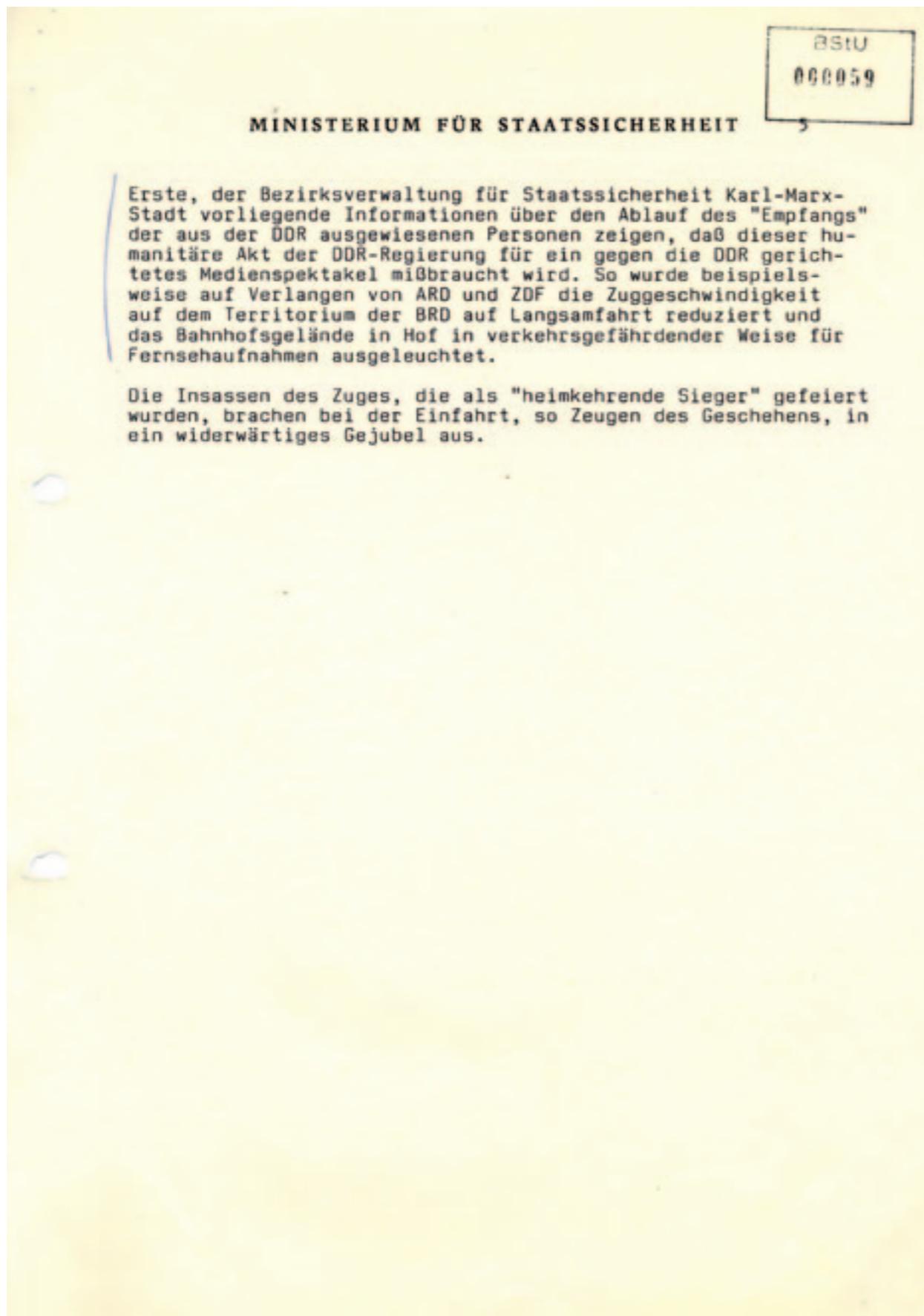


Abb. 2

Mit Sonderzügen der Deutschen Reichsbahn treffen DDR-Flüchtlinge aus Prag in der Bundesrepublik Deutschland ein. Sie hatten vorher in der Deutschen Botschaft Prag auf ihre Ausreise gewartet.
Bundesarchiv, B 145 Bild-00002686, Foto: Schambeck, Arne, 5. Oktober 1989

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT *MfS*

BStU	000083
------	--------

Streng geheim!
Um Rückgabe wird gebeten!

Berlin, den - 3. 10. 89

3 Blatt
20 Exemplar

Nr. 435 / 89

INFORMATION
über

eine erneute öffentlichkeitswirksame provokatorisch-demonstrative Aktion im Anschluß an das sogenannte Montagsgebet in der Nikolaikirche in Leipzig

Am 2. Oktober 1989 fand in der Zeit von 17.00 Uhr bis 18.00 Uhr in der Nikolaikirche in Leipzig das sogenannte Montagsgebet statt, an dem ca. 2000 Personen, darunter eine größere Anzahl gesellschaftlicher Kräfte, teilnahmen. (Bereits vor Beginn war die Kirche wegen Überfüllung geschlossen und durch Aushang auf das Stattfinden einer Parallelveranstaltung in der Reformierten Kirche (ca. 800 m entfernt) hingewiesen worden. Die Parallelveranstaltung wurde von ca. 300 bis 400 Personen besucht; sie verließ ohne Vorkommnisse.) Vor und in der Umgebung der Nikolaikirche hielten sich zu diesem Zeitpunkt ca. 3000 Personen auf, darunter eine beträchtliche Anzahl von Neugierigen. In der Nikolaikirche wurde nach einem Gebet ein Brief der Studentengemeinde der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen verlesen, in dem gegen die Inhaftierung von Personen, die verhängten Sanktionen und den Einsatz von Sicherungskräften nach dem sogenannten Montagsgebet am 11. September 1989 protestiert wurde.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU	000084
------	--------

Außerdem erfolgte eine Orientierung auf ein geplantes "Fasten für die politischen Häftlinge" vom 2. bis 8. Oktober 1989 in der Versöhnungskirche in Leipzig-Gohlis. Anschließend wurde darauf verwiesen, daß "Ausreise keine Alternative" ist und "Demonstrationen kein Mittel" in der gegenwärtigen Zeit seien. Man sollte sich "hier in den Kampf einreihen". Nach dem Abschluß der Veranstaltung verblieben die Teilnehmer und die dort vorher bereits Anwesenden auf dem Vorplatz und riefen Parolen wie z. B. "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit", "Wir bleiben hier", "Neues Forum zulassen", "Jetzt oder nie", "Gorbi, Gorbi", "Freiheit für die Inhaftierten". Es wurde die Internationale gesungen.

Gegen 18.25 Uhr setzte sich die Personenansammlung demonstrativ in Richtung Grimmaische Straße, Karl-Marx-Platz in Bewegung und zog dann weiter über den Georgiring in Richtung Hauptbahnhof/Tröndlingring.

Durch konzentrierten Einsatz der Kräfte der Schutz- und Sicherheitsorgane sowie der Kampfgruppen konnte gegen 19.15 Uhr die Personenbewegung auf dem Tröndlingweg/Ecke Nordstraße zunächst gestoppt werden. Dabei wurden wiederum Parolen gerufen. Insbesondere durch Gruppen Jugendlicher kam es zu tätlichen Angriffen auf VP-Angehörige, verbunden mit verleumderischen Beschimpfungen. Teilweise gelang es diesen Kräften, die Sperrketten der Volkspolizei zu durchbrechen. Gegen 20.20 Uhr versuchten sich in Höhe Thomaskirchhof erneut ca. 1500 Personen zu formieren und in Richtung Innenstadt/Markt zu marschieren. Zur Verhinderung dieses Vorhabens, insbesondere zur Abwehr der von diesen Kräften ausgehenden tätlichen Angriffe und zur Gewährleistung der Sicherheit der eingesetzten Kräfte der Volkspolizei, war der Einsatz des Schlagstocks und von Diensthundeführern mit Diensthunden (mit Korb) erforderlich.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

3
BStU
000085

21.25 Uhr war die Personenkonzentration aufgelöst.
Es wurden insgesamt 20 Personen zugeführt, zu denen nach Aufklärung der konkreten Tatbeteiligung die erforderlichen rechtlichen Maßnahmen veranlaßt werden.

Während der gesamten Provokation kam es zu erheblichen Behinderungen des Straßenverkehrs.

In den Handlungsräumen wurde der ständig akkreditierte Korrespondent der "Rheinischen Post", [REDACTED], in Begleitung des Presseattachés der französischen Botschaft in der DDR, [REDACTED], [REDACTED], festgestellt.

Techniker der ARD wurden im Ergebnis der eingeleiteten Maßnahmen wegen fehlender Arbeitsgenehmigung und Abmeldung abgewiesen.

für Wiss Andre

CFS.				
aus	aus	aus	aus	Nr.
eingang	3.10.	[REDACTED]	267	
Ausgang				

bbbb
+ guest dbs 117 03.10.89 2330 neu ++

- bv dresden, abt. roem sechs/olz

betr.: informationen zu vorkommessen im Zusammenhang mit der
realisierung der angewiesenen masnahmen zum ausreise-
verkehr ddr- cssr

BStU
000194

abfertigung iex-75 ausreise hungaria berlin- budapest

reisestatistik :

Personen gesamt : 509

persdnen ddr : c ryq 461

personen ddr/rueckw.: 121 davon 36 kinder

ankunft in bad schandau iex-75: 09.22 uhr

abfahrt in bad schandau iex-75: 10.41 uhr

im ergebnis der aussetzung dieser personen begaben sich ca .90
personen demonstrativ in einem sitzprotest auf dem gleis-
koerper/ schienenbereich vor die lok des zuges und verhinderten
so die weiterfahrt.

30 personen kamen der aufforderung nach verliesen den zug und den
bahnsteig in die bahnsteigunterfuehrung und führten dort ebenfalls
demonstrativ einen sitzprotest durch. zur auflösung dieser handlun-
gen wurden kraefte der vp und der trapo zum einsatz gebracht.
diese personen wurden in der gespraechsfuehrung zur vernuft auf-
gefordert und die aufgabe ihrer handlungen gefordert. ca. 70 per-
sonen kame dieser aufforderung nach verliesen den gleiskoerper
sowie die bahnsteigunterfuehrung und begaben sich in den be-
reitgestellten zug. die restlichen 50 personen wurden mit einfachen
polizeilichen mitteln vom gleiskoerper entfernt und ebenfalls
in den bereitgestellten zug gebracht und in richtung dresden
abgefahren.

zur offentlichwirksamkeit kann eingeschaetzt werden, dasz sich zu
diesem zeitpunkt keine weiteren zuege im bahnhofsbereich befanden.
dies handlungen und ausserungen der buerger, wie "deutschland
-freiheit, reisemoeglichkeit- konnten nur von den reisenden des
iex-75 sowie den dienstpersonal des bahnshos bad schandau wahrge-
nommen werden.

abfertigung iex-77 primator berlin prag

reisestatistik :

personen gesamt : 130

abfertigung iex-77 primator berlin prag

reisestatistik :

personen gesamt : 130

personen ddr : 82 und 3 kinder/ zurueckweisung

ankunft in bad schandau : 21.02 uhr

abfahrt in bad schandau : 22.20 uhr

die kontrolle des iex-77 (ausreise) erfolgte bis auf den 17

wagen des zuges ohne probleme?

im 17 wagen wurde das betreten und die kontrolle durch ddr- buer-

ger verweigert? der wagen war von innen verriegelt? mehrfache

aufforderung der kontrollkraefte den wagen zu kontrollieren

wurde verweigert? die gespraechsfuehrung erfolgte durch die

fenster des wagens? einer kontrolle durch den cssr- paszkontrolle

wurde durch die personen stattgegeben und festgestellt dasz sich

im wagen 82 ddr- buerger und 3 kinder befanden?

da die kontrolle sowie das aussteigen verweigert wurde? wurde

dieser wagen in bad schandau abgehängt und an den verspaeteten

iex- 74 (einrjise) hungaria angehangen und nach dresden abgafahren?

diese aussetzung des wagens? die ankopplung und abreise mit

den iex-74 richtung dresden erfolgte ohne probleme?

ingesamt kann zur druchsetzung dieser masznahmen bis zum gegen-
waertigen zeitpunkt eingeschaetz werden? dass diese masznahme
aussetzung? der ddr- buerger und rueckkreise zum wohnort relativ
reibungslos und ohne grosze probleme verlief?

in einzel faellen versuchten kleine gruppen und einzel personen
mit aeuszerungen gegen diese masznahme aufzutreten? diese koennen
als geringfuegig eingeschaetzt werden?

ergaenzung folgt

bv dresden - pke bad schandau

gez.: hartmann, major zugfuehrer der pke

bt qlt

// rpt zu iex-75

personen ddr : 461 //

bt qlt

BStU
000195

1x Jen. Stiebers

CFS.	V.	Datum	Coll.	Sign.	Nr.
410	215	W	275		

+ guest dbs 125 04.10.0230 Le

- dbvm / abt. roem, sechs olz

bbbb

betr.: ergaenzung zum cfs 117 der guest dbs vom 03.10.89

information zu vorkommnissen im zusammenhang mit der
realisierung der angewiesenen masznahmen im ausreiseverkehr
ddr - cssr

abfertigung d-477 "istropolitan" Leipzig - barstislava

reisestatistik

personen gesamt 271

ddr 174

rueckweisung ddr 170

ankunft bad schandau 22.40

abfahrt bad schandau 00.15

die reisenden waren vor beginn der kontrollhandlungen auf den
ganzen zug verteilt. bei beginn der durchsetzung der masznahmen
(vom zugende) verlieszen die betreffenden personen ihre abteile und
begaben sich spontan in die ersten 3 wagen des zuges?

diese personen weigerten sich den zug zu verlassen?

da die kontrolle und das aussteigen verweigert wurden, wurden
diese 3 wagen in bad schandau abgehängt und mit einer separaten
lok nach dresden gefahren? wahrend der standzeit im bahnhof
bad schandau bis zur abfahrt nach dresden kam es zu aeuszerungen
„, wir wollen raus, wir wollen raus“?
oeffentlichkeitswirksam wurde diese masznahme nur gegenuuber dem
dienstpersonal des bahnhofes bad schandau?

abfertigung iex-73 "metropol" berlin - budapest

reisestatistik

personen gesamt 232

ddr 44 und 5 kinder

rueckweisung ddr 41 und 5 kinder

ankunft bad schandau 01.10 uhr

abfahrt bad schandau 02.00 uhr

die kontrolle des iex-73 verlief ohne probleme.

ergaenzung folgt.

bv dresden, pke bad schandau

gez.: hopmann, major, stellv. d. leiters der pke

+++

-an- =
+ bdvp ddn c 955 owz 04.10.89 1025 la =

BBBBB

chiffriert

MDI - ODH zur Weiterleitung an Stellv. des Chefs des Stabes P / (Roem) 1
genossen Oberst der VP Neuman =

betr. Lagebericht

am 03.10.89, gegen 23.00 Uhr, befanden sich ca. 2000 Personen im Hauptbahnhof Dresden. darunter waren Personen, die aus dem grenznahen Raum Bad Schandau zurückgewiesen wurden bzw. aus anderen Bezirken mit PKW und Eisenbahn angereist waren.

gegen 23.30 Uhr war die Ausfahrt eines Leerzuges in Richtung Bad Schandau vorgesehen. Die Wagen dieses Zuges waren abgeschlossen, so dass sich keine Personen im Zug befanden. Bei der Anfahrt dieses Zuges versuchten ca. 140 Personen, auf den Zug aufzuspringen. Bei dem Gedränge geriet der Bürger [REDACTED], geb. [REDACTED]

wh. Zwickau, [REDACTED]

Unter den Zug, dabei wurde ihm das linke Bein abgeföhren. Er erhielt sofort ärztliche Hilfe. Der Lokführer leitete eine Schnellbremsung ein und es wurde entschieden, den Zug nicht ausfahren zu lassen.

auf den Bahnsteigen 3, 4, und 5 befanden sich zu diesem Zeitpunkt ca. 800 Personen und 1200 in der Kuppelhalle des Bahnhofs.

Die eingetretene Lage veranlasste den Chef der BDVP, durch konzentrierten Einsatz von Kräften (2 KP., 2 Züge S. VPB, 2 KP. OHS(B), de (Roem) 9 und operative Kräfte der Transportpolizei) den Bahnhof ab 1.30 Uhr zu räumen. Die Führung vor Ort sowie das enge Zusammenwirken mit den Diensteinheiten des MfS erfolgte durch den Stellv. des Chefs operativ. Am Einsatzort befanden sich der Stellv. des Leiters der BVFS, Leiter TPA Dresden, Ltr. ber./KG der BDVP, Leitende Mitarbeiter der RBD Dresden und des Rates des Bezirkss, Bereich inneres.

Die Räumung des Bahnhofs war gegen 03.00 Uhr abgeschlossen.

BStU
000209

25.09.-04.10.1989

während dieser Handlungen erschien der Superintendent Ziener in Begleitung mehrerer kirchlicher Wuerdenträger im Hauptbahnhof, um den späteren kirchlichen Beistand anzubieten und ihnen in der Kreuzkirche Unterkunft zu gewähren. Dieses Anliegen wurde durch Mitarbeiter des Bereiches Inneres abgelehnt. Trotzdem versuchte der Z., nochmals gegen 03.20 Uhr beim ODH VPKA Dresden sein Vorhaben telefonisch durchzusetzen.

während der Räumung der Bahnsteige gelang es ca. 200 Personen, auf dem Bahnkörper in Richtung Strehlen zu marschieren. Zur Sicherung dieser Personen und der Einsatzkräfte erfolgte die Stromabschaltung im Bereich Hauptbahnhof bis Bahnhof Strehlen. Durch den Einsatz einer Formation Schutzpolizei mit Sonderausstattung, die sich während der Räumung des Bahnhofs in Reserve befand, und 2 Zügen zukommmandierter Kräfte der Transportpolizei wurde die Bewegungsrichtung gesperrt. Die Einsatzkräfte wurden dabei mit Steinen beworfen. Ein Teil der Personen bewegte sich wieder in Richtung Hauptbahnhof.

zwischenzeitlich wurden 3 Sonderzüge in Richtung Leipzig, Karl-Marx-Stadt und Berlin bereitgestellt. Gegen 04.50 Uhr fuhren ca. 600 Personen mit diesen Zügen ab. Gegen 05.20 Uhr befanden sich noch ca. 200 Personen im Hauptbahnhof, die sich weigerten, den Bahnhof zu verlassen. Diese Gruppierung wurde mit Räumkräften aufgelöst. 74 Personen wurden dem zentralen Zuführungspunkt zugeführt. Die übrigen Personen verließen mit unbekanntem Ziel das Gelände des Bahnhofs. Im Verlauf der Nacht hielt die verstärkte Anreise von Personen mit internationalen Zügen an.

durch Angehörige der DR wurden im Hauptbahnhof die Bürger wiederholt über Lautsprecher aufgefordert, sich in ihre Heimatorte zu begeben bzw. in den nächsten Tagen ihre Anliegen bei den zuständigen staatlichen Organen vorzutragen.

da sich ein Teil der Bürger weigerte, aus den Zügen auszusteigen, wurden Waggons in Bad Schandau ausgesetzt und an Züge, die in Richtung Dresden fuhren, angehängt. Diese Züge wurden an geeignete Stellplätze gefahren, wo die Bürger durch operative Kräfte aufgefordert wurden, die Wagen zu verlassen. Dieser Aufforderung wurde zögernd Folge geleistet. Gegenwärtig fahren diese Bürger mit Regelzügen wieder in ihre Heimatorte.

im Zusammenhang mit den Massnahmen kam es zu Zugverspätungen im Binnenverkehr zwischen 10 und 15 Minuten, im Internationalen Verkehr bis zu 4 Stunden sowie im Berufsverkehr zwischen 5 und 10 Minuten.

insgesamt erfolgten in den letzten 24 Stunden 239 Zuführungen. davon 128 aus dem Raum Bad Schandau/Schmilka, 74 bei der Räumung des Hauptbahnhofs und 37 im Raum Görlitz.

in den Schwerpunktträumen und -richtungen wurde das Informations- und Aufklärungssystem entfaltet und Massnahmen der Nachsicherung eingeleitet.

die angewiesenen Massnahmen zum Schutz der Staatsgrenze sowie die Festlegungen zum Reiseverkehr nach der CSSR werden abstrichslos durchgesetzt. =

bdvp Dresden Stellv. des Chefs und Stabschef Oberst der VP Grellert 1020 +

- c

1. Stellvertreter des Leiters

Dresden, 4. Oktober 1989
an-seBStU
000202

LS 16000724

IX 29.8.

IX f. Anders

IX f. Durke

Maßnahmen zur "Aktion Zug"

Auf der Grundlage der Weisung des Stellvertreters des Genossen Minister, Genossen Generalleutnant Neiber, werden folgende Maßnahmen festgelegt:

1. Der Leiter der Abt. VI führt den Einsatz in der Abteilung.
2. An der GÜSt Bad Schandau wird unter Leitung des Stellvertreters Paßkontrolle, Gen. OSL Blankenhorn, eine Führungsgruppe gebildet.

Aufgaben:

- Organisierung des Einsatzes der Paßkontrolleure und der zugeordneten Kräfte auf die jeweiligen Sonderzüge,
- Einweisung aller Kräfte vor Ort,
- Gestaltung des Zusammenwirkens mit den Partnern Transportpolizei und Reichsbahn in Bad Schandau.

3. Es wird festgelegt, daß je Sonderzug 8 Paßkontrolleure/Mitarbeiter und 3 Angehörige der Transportpolizei zum Einsatz kommen.
Zur Gewährleistung der Kräfteabsicherung werden 60 Paßkontrolleure aus dem Bestand der Abt. VI und 60 Mitarbeiter der Bezirksverwaltung eingesetzt.

4. Der Leiter der Abt. Kader und Schulung hat die Kommandierung der 60 Mitarbeiter zu veranlassen:

- | | |
|-------------------|--------------------------------------|
| 1. Gruppe: 1 : 19 | Einweisung: 16.00 Uhr Saal der BV |
| | Abfahrt: 17.00 Uhr mit Bus |
| 2. Gruppe: 1 : 19 | Einweisung: 17.00 Uhr im Saal der BV |
| | Abfahrt: 19.00 Uhr mit Bus |
| 3. Gruppe: 1 : 19 | Einweisung: 17.00 Uhr im Saal der BV |
| | Abfahrt: 21.00 Uhr mit Bus |

5. Zur Einweisung:

- Die Mitarbeiter haben in Zivil ohne Dienstausweis, ohne Waffe und ohne Parteiaabzeichen zu handeln.
- Sie führen die Einziehung der Personalausweise als Abt. Inneres durch.
- Bei der Einziehung der PA ist zu beachten, ob die eingetragenen Kinder sich mit im Zug befinden. Ist das nicht der Fall, sind diese im PA durchzustreichen.

BStU
000203

2

- Sollten Personen keinen PA besitzen, sind die Personalien abzufragen und schriftlich festzuhalten.
- Die Personalausweise sind in Taschen sicher zu verwahren.
- Zur Sicherung der Handlungen werden jeweils 2 Trapo-Angehörige in Uniform die Kontrolle sichern.
- Nach Beendigung der Kontrolle steht den Genossen ein Dienstabteil zur Verfügung.
- Beim Halten in Gutenfürst in abzusichern, daß alle Mitarbeiter und die Angehörigen der Trapo aussteigen und die Unterlagen den dortigen Genossen der PKE/Inneres übergeben werden, wenn möglich, zahlenmäßige Angaben dazu erarbeiten (Erwachsene/Kinder).
- Die Rückfahrt wird mit Bussen durch den Leite. RD von Gutenfürst aus organisiert.
- Zu beachten ist, daß in jedem Zug 2 BRD-Diplomaten sich befinden, welche Überwachungs- und auch Sicherungsaufgaben erfüllen.
- 6. Materielle Sicherstellung (Aufzeichnungsbücher und Taschen) sowie Verpflegung - *Einsatz DRP*
- verantw.: Leiter des Führungspunktes GÜSt Bad Schandau

7. Durch den Leiter der Abt. VI ist zu sichern, daß der Informationsaustausch mit der BV Karl-Marx-Stadt/PKE Gutenfürst erfolgt und alle Informationen über Ankunft, Abfahrt, Vorkommnisse an mich gemeldet werden.

Ancers
Ancers
Oberst

3630 HbSt/Bl.
574596 Rbd Dresden
Stellvertreter Operativ / 2261 Dresden, 4. 10. 1989

U. 2261/2261, J. L. L. L.

✓ X IX. BV
✓ X J. L. L. L.
✓ X J. L. L. L.

Maßnahmenplan zur Aktion "Zug"

1. Die Aktion wird geführt vom Stellvertreter Operativ, Oberst Liske, Stellvertreter: OSL Bürger.

2. Es wird eine operative Einsatzgruppe im Stützpunkt Hauptbahnhof in der Stärke 1 : 6 unter Leitung des Gen. OSL Freitag gebildet. Telefon: 2843

3. Die gesamte Strecke wird durch Kräfte der DVP entsprechend Staatsfahrtvariante "A" gesichert.

4. 60 Genossen der Trapo werden ab 18.30 Uhr auf dem Bahnhof Bad Schandau zum Einsatz gebracht. Sie übernehmen dort Sicherungsaufgaben. Auf jeden ankommenden Zug werden von diesen Kräften

1 Genosse auf die Lok und
2 Genossen zur Sicherung der Paßkontrollkräfte eingesetzt. Sie fahren bis zum Grenzkontrollpunkt Gutenfürst mit.

5. Zur Sicherung des Hauptbahnhofes kommen 4 Kompanien der DVP zum Einsatz. Davon werden 2 Kompanien in beweglicher Reserve gehalten, um bei Erfordernis an Streckenschwerpunkten sofort eingesetzt zu werden. Die aktiv handelnden Genossen kontrollieren ab 19.00 Uhr die Zugänge zum Bahnhof. Personen ohne Fahrkarte werden zur Fahrkartenausgabe verwiesen, so daß nur Personen mit Fahrkarte die Bahnhofsvorhalle und die Bahnsteige betreten können.

6. Alle Züge fahren durchgängig ohne Halt. Als möglicher Haltepunkt für unvorhergesehene Fälle wird der Bahnhof Tharandt festgelegt, dort werden vorbeugend 10 Genossen der DVP zum Einsatz gebracht. Lokwechsel findet in Bad Schandau-Ost statt d. h., nicht auf dem Bahnhof. Durch je 1 Genosse der Abt. XIX und der Trapo wird die Dispatcherzentrale der Deutschen Reichsbahn zum Zwecke der aktuellen Information besetzt.

7. Alle Züge werden über den Bahnsteig 19 des Hauptbahnhofs Dresden geleitet. Dieser Bahnsteig wird im Aktionszeitraum gesperrt. Das gegenüberliegende Gleis wird mit einem Blindzug besetzt.

BStU
000206

BStU
000207 2

8. Die Deutsche Reichsbahn kontrolliert die Bestückung der Mitropa-Wagen mit Speisen und Getränken und gewährleistet eine Nachkontrolle auf dem Bahnhof Bad Schandau.

9. Falls Personen mit dem Ziel der Bahnhofsbesetzung in Erscheinung treten, werden sie durch die Genossen der DVP zunächst aufgefordert, sich in ihre Heimatorte zu begeben und bei den Abt. Inneres zu melden. Es wird zugesichert, daß ihr Problem innerhalb weniger Tage positiv geklärt wird. Wird danach der Aufforderung zum Verlassen des Handlungsräumes nicht Folge geleistet, werden die Personen zugeführt. Zuführungsstützpunkt ist die 8. VP-Bereitschaft. Auf anderen Bahnhöfen je nach Entfernung das jeweilige VPKA.

10. Falles es einzelnen Personen gelingt, auf Langstrecken oder bei unvorhergesehenem Halt in den Zug zu gelangen, werden sie dort belassen und mit Übersiedelt.

11. Die DVP führt ihre Kräfte selbstständig und legt die notwendigen Handlungsvarianten im Zusammenwirken mit dem MfS fest. Zur Koordinierung aller Aufgaben sind im Stützpunkt Hauptbahnhof ständig anwesend:

- MfS
- DVP
- RBD Dresden

12. 50 Genossen der Bezirksparteischule werden als gesellschaftliche Kräfte in Reserve gehalten und kommen auf Veranlassung des Leiters des Einsatzes unter Führung eines verantwortlichen Genossen der Bezirksleitung der SED zum Einsatz. Jeweils weitere 10 gesellschaftliche Kräfte werden zur Unterstützung der Sicherungsaufgaben durch die Kreisleitung der SED Pirna für die Bahnhöfe Bad Schandau und Pirna in Reserve gehalten.

L. L. L.
Linker
Oberst

13. 160 Kampfgr.: Sperrreihe

BDVP Dresden		AN
- Formular -		
Fo	ddn	1276
Fo	nr.	
AU	geöffnet	
am	05.10.1989	0705
Empfänger/nachrichten		q
am		
Signatur		

-an- =
+ bdvp ddn c 1276 ovz 05.10.89 0040 do =

BStU
000214

bbbb
chiffriert
mdi -odh- =

Lagebericht

am 04.10.89, gegen 20.45 uhr, befanden sich ca. 2500 personen im hauptbahnhof dresden sowie ca. 5- bis 6000 personen auf dem vorgelaende des bahnhofes. die bahnhofshalle wurde durch die eingesetzten kraefte geräumt. die menschenmenge versuchte wieder in den bahnhof zu gelangen. dabei wurden teilweise die tueren demoliert und fenster eingeschlagen. einsatzkraefte riegelten von innen die tueren ab und hielten dem druck von aussen ca. 10 minuten stand. zwischenzeitlich hatten sich ca. 20 000 personen auf der nord- u. suedseite des bahnhofes angesammelt. ueber lautsprecher wurden die personen ununterbrochen aufgefordert, den platz zu räumen, in ihre heimatorte zurueckzukehren und dort ihre anliegen vorzutragen. da diese durchsagen keinen erfolg zeigten, erfolgte gegen 21.20 uhr der Einsatz von 2 wasserverfern.

ein auf dem bahnhofsvorplatz abgestellter fstw der transportpolizei wurde umgekippt und geriet dabei in brand. personen wurden nicht verletzt. der fstw wurde durch angehoerige der f abgelöscht.





5/6



7/8

Abb. 3–8
Einsatz von Wasserwerfern bei den Ausschreitungen
am Dresdner Hauptbahnhof am 4. Oktober 1989
Fotos: BStU, MfS, BV Dresden, OD TU/H 5137, S. 8/
Bild 32, 34, 37, 38, 39, 44

gegen 21.45 uhr versuchte ein teil der stoerer, ueber den gleiskoerper in den bahnhof zu gelangen, was auf grund der weitlaeufigkeit des gelaendes gelang. die in die kuppelhalle des hauptbahnhofes eingedrungenen stoerer benahmen sich auusserst aggressiv und demotierten u.a. das im bhf. befindliche intershop-geschaeft.

durch die im inneren des bhf. eingesetzten kraefte wurde ein vordringen der stoerer auf die bahnsteige verhindert.

gegen 23.15 uhr erfolgte von ihnen die raetzung des bahnhofes in richtung prager strasse, so dass diese eingaenge wieder frei sind. diese massnahmen wurden durch eine hundertschaftsformation schutzpolizei und den einsatz von reizwurkoerpern unterstuetzt.

auf dem bahnhofsvorplatz befinden sich gegenwaertig noch 2- 3000 personen. durch den einsatz kasernierter einheiten des mdi wird diese menschenmenge aufgeloeset, die raedelsfuehrer festgenommen. bisher erfolgten 68 festnahmen.

bei den handlungen wurde insgesamt 5 einsatzkraefte verletzt und befinden sich in ambulanter medizinischer behandlung.

in bad schandau stehen gegenwaertig 3 sonderzuege aus der cscr.

insgesamt befanden sich 1757 kraefte der dvp und des organs feuerwehr 5 kp. der s. vpb, 1 zug und 2 gruppen der 5.kp. trapo, 2 zuege unterstellt kp. trapo 5. kp. der oha 6 zuege der schule vd bautzen, 4 zuege der sv-schule radebeul sowie 2 zuege formationen aus dem bestand der bdvp im Einsatz.

durch den chef der bdvp wurden fuer die bdvp sowie die vpkas dresden, freital, pirna sowie tpa dresden einsatzalarm ausgeloeset.

der 1. sekretaer der bl der sed stimmte dem Einsatz von 5 bataillonen der nva, die im bezirk dresden distloziert sind, zu. diese einheiten werden zur streckensicherung, unterstuetzung der sicherungsmassnahmen u. als reserven eingesetzt. =

bdvp dresden stellv. des chefs und stabschef oberst der vp grallert
0030 +

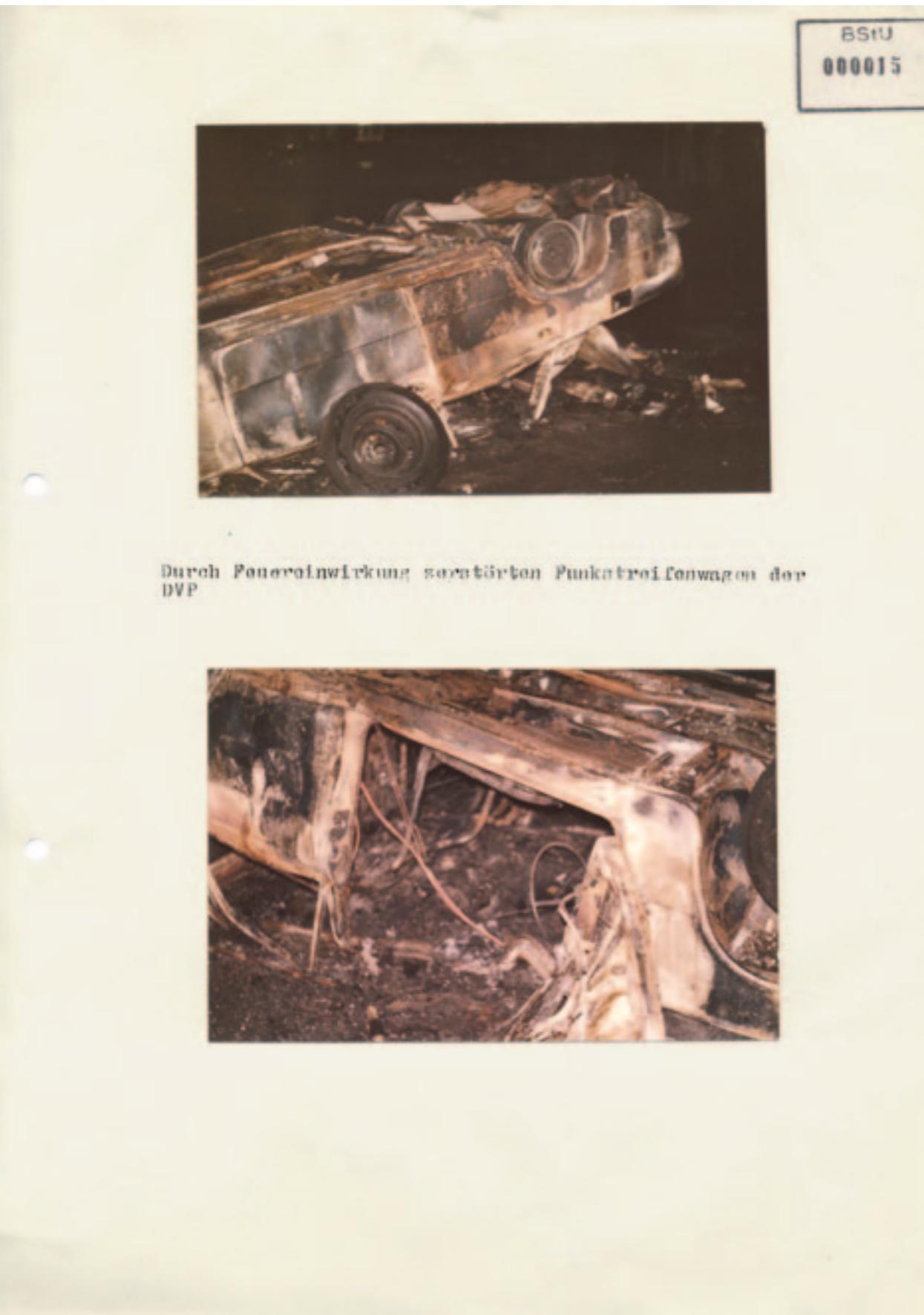
BStU
000215

BStU
000012



Herausgebrochene Pflastersteine aus dem Gehweg vor dem Hauptbahnhof Dresden und nach den Aufräumungsarbeiten





auf dem bahnhofsvorplatz befinden sich gegenwärtig noch 2- 3000 personen. durch den einsatz kasernierter einheiten des mdi wird diese menschenmenge aufgelöst, die räderfuehrer festgenommen. bisher erfolgten 60 festnahmen.

bei den handlungen wurde insgesamt 5 einsatzkraefte verletzt und befinden sich in ambulanter medizinischer behandlung.

in bad schandau stehen gegenwärtig 3 sonderzuege aus der cssr.

insgesamt befanden sich 1757 kraefte der dvp und des organs feuerwehr 5 kp. der 8. vpb, 1 zug und 2 gruppen der 5.kp. trapo, 2 zuege unterstellt kp. trapo 5. kp. der ohs 6 zuege der schule vd bautzen, 4 zuege der sv-schule radebeul sowie 2 zuege formationen aus dem bestand der bdvp im einsatz.

durch den chef.der bdvp wurden fuer die bdvp sowie die vpkae dresden, freital, pimna sowie tpa dresden einsatzalarm ausgelöst.

der 1. sekretär der bl der sed stimmte dem einsatz von 5 bataillonen der nva, die im bezirk dresden disloziert sind, zu. diese einheiten werden zur streckensicherung, unterstützung der sicherungsmassnahmen u. als reserven eingesetzt. =

bdvp dresden stellv. des chefs und stabschef oberst der vp grallert
0030 +

-0105

col k

qlt 1276 -an- 05.10. 0107 pu
+mdi bln 12 c++
skv

05.10.-06.10.1989

05.10.-06.10.1989

EINGANG		TELEGRAMM			AUSGANG	
		(Nichtzutreffendes streichen)				
Dringlichkeit	Ausnahme	GKS	GVS	VVS	Fu/FS-Nr.:	
Absender:	BV Dresden, Leiter				BStU 00001	
Empfänger:	Leiter aller Struktureinheiten					
		Dresden	den			6. 10. 89 Berl 719/89
<p>Am 5. 10. 1989 in den Abendstunden von 18.00 - 23.50 Uhr kam es erneut im Stadtzentrum von Dresden zu Zusammenrottungen feindlich-negativer Kräfte, die einen umfangreichen Einsatz der VP und von uns erforderten.</p> <p>Teilweise Sprechchöre: "Gorbi, Gorbi, Reformen" oder "wir wollen raus". Darüber hinaus rowdyhaftes und provokatives Verhalten, einzelne Zerstörungen von Bänken und Schaufenstern auf der Prager Straße.</p> <p>207 Personen mußten zugeführt werden.</p> <p>Wir müssen alles tun, um derartige Ansammlungen schneller zu erkennen und nicht anwachsen zu lassen.</p> <p>Lage wurde in BEL und im Leitungskollektiv der BV erneut eingeschätzt und auch Maßnahmen zur weiteren Verstärkung unserer operativen sowie Führungs- und Leistungstätigkeit festgelegt.</p> <p>Auch mit DVP wurden Maßnahmen für das noch zweckmäßiger Zusammenwirken beraten.</p> <p>Wir müssen alles tun, damit sich die Lage in Dresden nicht weiter verschärft und die Veranstaltungen zum 40. Jahrestag ohne Vorkommnisse verlaufen.</p> <p>In allen Verantwortungsbereichen Wachsamkeit erhöhen, damit es in den Kreisen zu keinen ähnlichen Vorkommnissen kommt. Auch Lage an der Staatsgrenze beherrschen, Lage in den Betrieben usw. Informationspflichten gegenüber 1. Sekretären voll wahrnehmen und als operative Mitarbeiter überall auftreten und handeln.</p> <p>Ein erhöhter Kräfteeinsatz ist unumgänglich. Herzlichen Dank an alle eingesetzten Kräfte und die Partner des Zusammenwirkens für die bisherige hingebungsvolle Arbeit. Bei sich entwickelnden feindlich-negativen Aktivitäten sofort auf direktem Wege die Lagegruppe des OES telefonisch bzw. fernschriftlich informieren.</p> <p>P. B. R. Leiter Abt. BdL <i>Gesetz</i> Schesold Überstleutnant</p> <p>gez. Böhm Generalmajor</p> <p>Durchschläge/Durhdschriften: _____ Stk. Geschrieben: _____ Gesehen: _____</p> <p>Eingangsdatum: _____ Uhrzeit: _____ Anfang: _____ Ende: _____ Nachr.-Sachbearb.: _____</p>						

B.VP-Bereitschaft
MR [REDACTED], Mj.d.VP
Arzt d. Bereitschaft

O.U., den 11.10.'89

BStU
000001

Genosse Oberstleutnant [REDACTED]
Kommandeur der VPB

In Ergänzung zu meiner Information an die Abteilung Medizinischer Dienst der BDVP Dresden über die Mißhandlung von zugeführten Bürgern ersuche ich Sie um Untersuchung des Verhaltens nachstehend genannter Genossen unserer Bereitschaft:

Hptm. [REDACTED]
Omrstr. [REDACTED]
Mstr. [REDACTED]
Owm. [REDACTED]

Diese Genossen haben sich nach meinen Beobachtungen durch unbegründetes und rücksichtloses Schlagen von Zugeführten der vorsätzlichen Körperverletzung schuldig gemacht. Ich beziehe mich auf Feststellungen am 5. und 6. Oktober im Duschraum (hier besonders Mstr. [REDACTED]) und im Bereich des Kfz.-Parks (Omrstr. [REDACTED]). Hptm. [REDACTED] war im Kfz.-Park als Verantwortlicher eingesetzt und ist dabei seiner Aufsichtspflicht gegenüber unterstellten Einsatzkräften nicht nachgekommen, und hat darüberhinaus ständig selbst aktiv mit geschlagen.

Im Verantwortungsbereich von Hptm. [REDACTED] sind durch das Hochhalten der Arme im Nacken bei 2 Bürgern schleife Lähmungen des Armes entstanden, über deren Heilungsverlauf z.B. noch keine Aussagen gemacht werden können, Dauerschäden sind möglich.

Diese Angaben gelten insbesondere für solche Zugführer, die den Aufforderungen der Einsatzkräfte korrekt nachgekommen sind und nicht provozierten.

Genosse [REDACTED] und -besonders hemmungslos Mstr. [REDACTED] und Owm. [REDACTED] suchten bei den Zugeführten direkt nach Gründen, um schlagen zu können, und schlugen auch auf Menschen ein, die bereits am Boden lagen.

Ich kann für meine Angaben weitere Zeugen benennen.

AKG/Kontrollgruppe

Karl-Marx-Stadt, 9. 10. 1989

BStU
000007

Protokoll

zur Dienstversammlung des 1. Stellvertreters des Leiters der Bezirksverwaltung, Genosse Oberst SCHAUFUSZ, am 5. 10. 1989

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Ort: Zimmer 102, BV KMStadt

Ausführungen des Gen. Oberst SCHAUFUSZ:

Ich hatte zur letzten Dienstversammlung informiert, daß es erneut eine solche Aktion geben wird, die gestern und in den heutigen Nacht- und Morgenstunden stattgefunden hat. Ich möchte vorweg allen Genossen, die daran beteiligt waren, und allen Mitarbeitern den Dank für diese Einsatzbereitschaft und insbesondere für diese hervorragende Arbeit übermitteln, die dazu beitrug, daß diese Aktion relativ so verlaufen konnte, daß keine größeren Störungen der Ordnung und Sicherheit eingetreten sind.

Ich möchte Euch über die Lage im Zusammenhang mit dieser Aktion in Kenntnis setzen.
Nachfolgend werde ich diese Information verlesen.

Sie haben diese vom Mitglied des Politbüros und 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung sowie Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitung bestätigte Lageeinschätzung sowohl in Organisierung Ihrer gesamten politisch-operativen Arbeit als auch für die Arbeit mit den Partnern des Zusammenwirkens zu nutzen, um unter allen Lagebedingungen die staatliche Sicherheit sowie öffentliche Ordnung und Sicherheit in Ihrem Verantwortungsbereich konsequent zu gewährleisten. Insbesondere sind die notwendigen Schlußfolgerungen, ausgehend von den Befehlen und Weisungen des Genossen Minister sowie meinen Ausführungen auf den Dienstversammlungen am 2. 9., 15. 9., 22. 9. und 3. 10. zur vorbeugenden Verhinderung öffentlichkeitswirksamer demonstrativer Handlungen zu ziehen. Nur durch das disziplinierte, besonnene und außerordentlich hohe Einsatz- und Kampfbereitschaft gekennzeichnete Verhalten der Angehörigen der Volkspolizei, der Kampfgruppen der Arbeiterklasse und der Angehörigen des MfS konnten derartige konterrevolutionäre Erscheinungen zerschlagen werden.

BSI
000008

2

Es ist höchste Wachsamkeit geboten. Sie haben diesbezüglich eine ständige aktuelle Lageeinschätzung zu gewährleisten, im besonderen an der Staatsgrenze Süd und West, um in kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit den Partnern des Zusammenwirks und anderen gesellschaftlichen Kräften alle feindlichen Handlungen vorbeugend zu verhindern.

Zur Lage, Genossen.

Über die Situation im Bezirk Karl-Marx-Stadt im Zusammenhang mit der Durchführung zentral festgelegter Maßnahmen zur Ausweisung von Bürgern der DDR, die sich rechtswidrig in diplomatischen Vertretungen der BRD in der CSSR aufhielten.

Ich muß voranstellen zu Eurer persönlichen Information, daß die geplante Aktion nicht so zeitig durchgeführt werden konnte, wie das vorgesehen war, weil es absolut nicht möglich war, daß diese Sonderzüge aus der CSSR über Dresden in den Bezirk Karl-Marx-Stadt fahren konnten, weil im Bezirk Dresden 10.000 Menschen den Hauptbahnhof blockiert hatten und es überhaupt nicht möglich war, dort eine verkehrstechnische Maßnahme durchzuführen. Ich muß auch sagen, daß es unter äußerst schwierigen, komplizierten Bedingungen nach stundenlangem Kampf, man kann wirklich sagen Straßen-schlachten, erst möglich war, diese Strecke wieder freizubekommen. Das sage ich deshalb mit allem Nachdruck, weil, wie diese Kräfte mit äußerster Brutalität die zum Einsatz gebrachten Kräfte der Volkspolizei, Staatssicherheit angegriffen haben, und mit welcher Brutalität und Selbstverachtung sie mit Kleinstkindern sich auf die Gleise geworfen haben und regelrecht diese Strecke blockiert haben. Ich sage das nicht, um hier Sensation zu machen, das war so. Die Situation in dieser Nacht war in der Tat äußerst kompliziert wie sie überhaupt seit dem 17. Juni noch nicht wieder so kompliziert war.

Im Bezirk Karl-Marx-Stadt sah es wie folgt aus:

Hauptbahnhof Karl-Marx-Stadt	1000 Personen
Bahnhof Plauen, oberer Bhf.	500 Personen
Bahnhof Reichenbach	500 Personen
Bahnhof Freiberg	400 Personen
Bahnhof Zwickau	150 Personen
Bahnhof Werdau	150 Personen
Bahnhof Glauchau	100 Personen
Bahnhof Oelsnitz/V.	70 Personen
Bahnhof Flöha	50 Personen
Bahnhof Döderan	50 Personen
Bahnhof Adorf	30 Personen
Bahnhof Bad-Elster	20 Personen

Ich sage das deshalb auch, weil ständig die Lage ob dieser komplizierten Situation in Dresden sich änderte, daß also die Züge nicht mehr durch Dresden fahren konnten, wurde festgelegt, die fahren über CSSR durch Bad-Brambach, so daß auch ständig

BSI
000009

3

mit einem großen Kraftaufwand und Einsatz von Kräften diese neuen Situationen immer wieder beherrschen mußten und am Ende auch beherrscht haben.

Zu weiteren Zusammenrottungen kam es an den Streckenabschnitten Hetzdorfer Brücke/Krs. Flöha, Gleisdreieck Werdau, Göltzschtalbrücke/Krs. Reichenbach, Langsamfahrstelle bei Wuppertsgrün/Krs. Plauen. Also das heißt, daß diese Brücken regelrecht von aufgeputschten Menschen in einer Größenordnung besetzt wurden, die für uns fast unvorstellbar war. So etwa in einer Größenordnung von immer 150 Personen.

Die Auflösung dieser Zusammenrottungen durch Einsatzkräfte erfolgte bis gegen 1.30 Uhr bis 5. 10., wobei es zu folgenden Zuführungen kam:

Hauptbahnhof Karl-Marx-Stadt	29 Personen
Bahnhof Flöha (einschließlich Hetzdorfer Brücke)	19 Personen
Bahnhof Freiberg	15 Personen
Bahnhof Reichenbach	15 Personen
Bahnhof Werdau	3 Personen
Bahnhof Zwickau	3 Personen
Bahnhof Plauen	1 Person

Und in der Folge gab es dort noch ein weiteres ernstes Vorkommnis, was ich auch noch auswerten werde.

Wer alleine die Situation in der Stadt Karl-Marx-Stadt und Bahnhof selber mit erlebt hat, der kann sich vorstellen, daß die Situation nicht viel anders war als in Dresden. Und ich muß hier sagen, Dank des entschlossenen Handelns eben es nicht zu 10.000 oder 7000 gekommen ist, sondern daß es bei diesen 1000 blieb. Und diese 1000 mit Einsatz aller uns zur Verfügung stehenden technischen körperlichen Mittel nun so vom Bahnhof entfernt wurden und auf dem Bahnhof-Vorplatz, damit diese Aktion erfolgreich durchgeführt werden konnte und damit in der Stadt keine größeren Störungen der Ordnung und Sicherheit möglich waren durch diese Personen. Aber welcher Kraftaufwand und welche Handlungsfähigkeit von diesen Genossen, Angehörige der Kampfgruppen, Angehörige der Bereitschaftspolizei, der Trapo notwendig waren, das war unwahrscheinlich, wer das erlebt hat, der kann sich erstmal vorstellen, was losgeht, wenn diese feindlich-negativen Kräfte in einer solchen Überzahl sind, daß sie kaum noch zu bremsen sind.

In Glauchau wurden Personen festgenommen, die dort faschistisches Gedankengut verbreitet haben. So daß es insgesamt diese Bahnhöfe in der genannten Zeit, zuletzt im Bahnhof Plauen, bis 03.00 Uhr zu beräumen und alle Voraussetzungen zu schaffen, daß diese Personen nicht ihre Zielstellung verwirklichen konnten, nämlich auf den Zug aufzuspringen.

BStU
000010

4

Ihr könnt Euch vorstellen, was dort losgewesen wäre, wenn die mit ihren Kleinstkindern sich auf die Gleise gestürzt hätten oder auf die fahrenden Züge, wieviel Tote und Verletzte es gegeben hätte, ein nicht auszudenkender Skandal.

Im Ergebnis der durchgeföhrten Maßnahmen wurde innerhalb des Bezirkes Karl-Marx-Stadt bisher verhindert, daß Personen auf den durchfahrenden bzw. verkehrsbedingten haltenden Sonderzügen zur Mitfahrt aufspringen konnten. Der Bereich des Bahnhofs Plauen, oberer Bahnhof, wurde durch die Einsatzkräfte bis 03.00 Uhr geräumt und gesperrt. Während der planmäßigen Abfahrt des D-Zuges Wostock - München vom Bahnhof Plauen, oberer Bahnhof, um 01.30 Uhr brüllte die dort zusammengerottete Menschenmenge Parolen, wie "Genscher, Genscher", "Gorbi, Gorbi - wir wollen raus". Nach der Abfahrt dieses Zuges blockierten ca. 70 Personen die Gleisanlagen. Und die Genossen der Paßkontrolle, die diesen Zug begleitet haben, waren Gefahren für Leben und Gesundheit ausgesetzt. In dort zusammengerotteten Menschenmengen befanden sich viele Mütter mit Klein- und Kleinstkindern. Durch die Einsatzkräfte wurden in allen genannten Orten Personenfeststellungen vorgenommen auch mit Unterstützung der Genossen der Abteilung VIII, so daß wir auch im nachhinein handlungsfähig sind.

Nach Freikämpfen dieser Strecke Dresden wurden insgesamt mit 8 Zügen, 3 Züge über Dresden - über Bad-Schandau - Dresden - Karl-Marx-Stadt, und 5 Züge über Bad-Brambach - Plauen - Gutenfürst zur Ausreise in die BRD über Gutenfürst organisiert, und es sind etwa 8270 Personen aus der Botschaft über diesen Weg in die BRD ausgewiesen worden.

Zur Unterstützung der im Handlungsraum im und vor dem Hauptbahnhof Karl-Marx-Stadt handelnden Kräfte der 9. VP-Bereitschaft waren Kämpfer des 1. Kampfgruppenbataillons MOT im Einsatz. Weiterhin gelangten die 1., 2. und 4. Hundertschaft zum Einsatz. Und auch hier muß man einschätzen, daß bereits während der Einweisung der Kämpfer der 3. Hundertschaft, deren Trägerbetrieb VEB Großdrehmaschinenwerk "8. Mai" Karl-Marx-Stadt ist, 23 Kämpfer die Durchführung des Einsatzbefehls ablehnten, und 9 Kämpfer legten nach der Einweisung ihren Kampfgruppenausweis spontan und demonstrativ auf den Tisch und verließen den Einweisungsstützpunkt, so daß diese Hundertschaft nicht zum Einsatz gebracht werden konnte.

3 Kämpfer der 2. Hundertschaft, VEB Werkzeugmaschinenkombinat "Fritz Heckert" haben im Ergebnis der Einweisung ebenfalls den Einsatz abgelehnt.

Hier wird auch deutlich, Genossen, und das ist auch eine Aufgabenstellung, die jetzt umgehend zu realisieren ist, daß wir wissen müssen, egal in welchem Verantwortungsbereich die Kampfgruppen disloziert sind, wie die Kampfgruppen der Arbeiterklasse zu ihren Aufgaben und zur Politik der Partei stehen, damit nicht dann von den hier genannten Kämpfer die Waffe umgedreht wird und gegen uns gerichtet wird. Ich denke, das ist in Anbetracht dieser Situation, da auch die Kampfgruppen nun nicht mehr militärisch in dem Sinne eingesetzt werden, daß sie also den großen Gegner schlagen sollen, also den

BStU
000011

5

schlagen sollen, der also angreift in einem Atomkrieg oder auch konventionellen Krieg, sondern daß sie eingesetzt werden können zur Auflösung solcher konterrevolutionärer Erscheinungen. Das ist eine völlig neue Anforderung auch an die Angehörigen der Kampfgruppen, daß wir das beachten müssen und insbesondere auch in der Einschätzung der Bewertung "Wer ist wer?" unter den Kämpfern, daß wir das so sehen müssen. Und es ist deutlich geworden, dann lieber weniger Kämpfer, die fest stehen, als darunter Leute, die möglicherweise die Waffe umdrehen.

So daß durch diesen Sicherungseinsatz die normalen Bedingungen wieder hergestellt wurden und somit auch gewährleistet war, daß die Veranstaltungen am 5. 10. aus Anlaß des 40. Jahrestages planmäßig und mit hoher Sicherheit in der Stadt Karl-Marx-Stadt und auch in anderen Verantwortungsbereichen durchgeführt werden konnten.

Während des Einsatzes zeigten die Kräfte der Deutschen Volkspolizei, der Kampfgruppen der Arbeiterklasse und des MfS außerordentliche hohe Einsatz- und Kampfbereitschaft. Und ich möchte das hier unterstreichen, vor allen Dingen auch für die Genossen, die eingesetzt waren in den Zügen, die also aus Prag kommend bis zur GÜST durch unsere Genossen besetzt werden mußten, um den DDR-Bürgern bzw. ehemaligen DDR-Bürgern die Dokumente abzunehmen, um sie zu registrieren, um sie zu erfassen. Da könnet Ihr Euch vorstellen, wenn Ihr die Bilder gesehen habt, wie die sich vor der Botschaft benommen haben, unter welchen komplizierten Bedingungen in einem solchen Zug 10 Kämpfer allein auf sich gestellt, in einem fahrenden Zug, also in Reichenbach am Wochenende haben wir diese Kontrolle in einem stehenden Zug abgewickelt, wo ringsrum durch Volkspolizei, Staatssicherheit jederzeit die Möglichkeit war unsere Genossen wieder rauszukämpfen, aber in einem fahrenden Zug die Genossen von Bad-Schandau bis Gutenfürst, ja, eine riesen Strecke, und unsere Genossen von Bad-Brambach bis Gutenfürst waren diesen Banditen ausgesetzt, und ich glaube, da kann jeder ermessen, daß das natürlich eine hohe Standhaftigkeit verlangt hat, weil die nur die Tür aufzumachen brauchen und schmeißen unsere Kämpfer zur Tür raus, das müssen wir uns im klaren sein. Und die dort eingesetzten Kräfte haben eigentlich das beweisen können, was wir erwartet haben, es gab keine Provokationen, und in Gutenfürst sind alle unsere Kämpfer ausgestiegen und die Züge konnten abgefertigt werden, und es war auch in Gutenfürst auf dem Bahnhof alles getan worden, damit auch dort es zu keinen Provokationen kam. Ich möchte sagen mit viel Aufwand wurde diese Aufgabe in der Tat erfolgreich gelöst, und es wurde einmal mehr deutlich, daß in solchen komplizierten Bedingungen alle Genossen bereit und in der Lage sind, sich im Kampf gegen den Feind zu stellen. Und daß das natürlich gelöst werden muß, auch mobilisierend auf alle unsere Kämpfer umzusetzen und sie daran auszurichten in der gesamten politisch-ideologischen und auch fachlichen Arbeit.

BStU
000012

6

Genossen, mit der Realisierung dieses Auftrages der Absicherung der Ausweisung von Bürgern der DDR ist die ganze Sache nicht abgeschlossen. Es kommt jetzt darauf an, die politisch-operative Arbeit der Lage entsprechend in den Diensteinheiten zu organisieren, d. h. alle im Zusammenhang mit Provokationen, Bahnhofsbesetzungen, angefallenen Personen, die wir identifiziert haben oder die wir noch identifizieren müssen, aufzulisten und entsprechend der operativen Bedeutsamkeit in Operativen Vorgängen zu bearbeiten oder unter OPK zu stellen. Ich denke, das ist eine sehr bedeutsame Aufgabe und auch hier steht die Frage, die ich in der letzten Beratung Euch schon gesagt habe, Erfassung nach der Direktive 1/8 solcher Leute, die sich hier gezeigt haben, sich im wahrsten Sinne des Wortes entlarvt haben. Es wurden viele wieder identifiziert und festgestellt, ich glaube Ihr wißt selber, wie wir schon x-mal bei wichtigen Veranstaltungen unter Kontrolle gestellt hatten, die erneut hier mit aufkreuzten und die noch anheizten. Man muß auch sagen, es waren nicht alles solche, die abspringen wollten, sondern es waren auch viele, die das Ding noch mit angeheizt haben, vom "Neuen Forum" angefangen, was dort in die Diskussion gebracht wurde bis zu vielen anderen Fragen. Und ich muß auch hier sagen, auf dem Bahnhof Karl-Marx-Stadt waren es nicht mal die normalen Reisenden, die sich schützend auf die Seite der Volkspolizei geschlagen haben, sondern die haben alle gegen unsere Genossen - sind sie alle vorgegangen mit Beschimpfungen, mit Steinenwerfen, mit Flaschenwerfen und was es alles gab. Und wenn die Genossen nicht so gestanden hätten rigoros mit körperlicher Gewalt, mit Schlagstock bis hin zu schwerer Technik draufgehalten, dann wäre diese Situation nicht zu retten gewesen.

Es kommt darauf an, Genossen, alle Mitarbeiter des MfS haben den Ernst der Lage zu begreifen, der in dieser Situation nochmals für alle deutlicher denn je wurde. Und daraus erforderliche Schlußfolgerungen für die politisch-ideologische Erziehung, insbesondere für die Erziehung zur Standhaftigkeit unserer Genossen abzuleiten. Durch die Leiter der operativen Diensteinheiten sind umgehend Treffs durchzuführen, die AKG ist aktuell zu informieren. Es sind Vorschläge zu unterbreiten, Genossen, wie wir gegen diese Personen vorgehen, aber auch wie wir zur Unterstützung der Partei weitere Maßnahmen einleiten können. Personen, gegen die wir keine strafrechtliche Handhabe haben, sind zu übersiedeln. Ich sage das noch einmal. Die uns hier in diesem Zusammenhang über den Weg laufen, die also aufspringen wollten, die alles riskiert haben, ihr Leben, das Leben ihrer Kinder riskiert haben, was wollen wir mit diesen Leuten noch. Die Übersiedeln wir. Übersiedeln, damit es zu keinen weiteren spektakulären Dingen kommt. Ganz eng damit im Zusammenhang steht die nächste Frage, nämlich die Sicherung der Staatsgrenze DDR - CSSR.

BStU
000013

7

Und wir können uns nicht noch einmal leisten, daß die Botschaften besetzt sind durch Leute, die die grüne Grenze passiert haben oder illegal überschritten haben, und wir können uns auch, ich sage das mal hier so, fast nicht mehr solche Aktionen leisten, das hat sich hier ganz deutlich gezeigt. Es ist nicht mehr machbar.

Zu dieser ganzen Situation und Lageeinschätzung hat heute früh eine außerordentliche Beratung der Bezirkseinsatzleitung stattgefunden.

Zu Eurer persönlichen Information werde ich Euch das Fernschreiben des 1. Sekretärs der Bezirksleitung der SED Karl-Marx-Stadt und Mitglied des Politbüros, Gen. Siegfried Lorenz, an die 1. Kreissekretäre verlesen. Aber in der Tat zu Eurer persönlichen Information:

"Die Lageentwicklung am gestrigen Tag, besonders in bezug auf weiter anhaltenden Druck auf die Staatsgrenze zur CSSR, verstärkter Versuche oppositioneller Kräfte zu öffentlichkeitswirksamen Verbreiten ihrer Plattformen und durchgeföhrter provokatorischer Handlungen im Zusammenhang mit der Ausweisung von DDR-Bürgern in der Prager Botschaft der BRD Über Schienenwege unserer Republik sind Veranlassung, die Wirksamkeit der politischen Führungstätigkeit zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit zu erhöhen und stabsmäßig zu führen.

Durch die Sekretariate der Kreisleitungen ist unter Einbeziehung der Leiter der Sicherheitsorgane umgehend eine gründliche Auswertung der Vorkommnisse des gestrigen Tages und der aktuellen Situation im Kreis vorzunehmen. Daraus abgeleitet sind unter Beachtung der territorialen Schwerpunkte weitere konkrete Maßnahmen festzulegen und zielgerichtet durchzusetzen. Sie müssen sichern, alle Funktionäre der Partei, Vorsitzenden und Funktionäre der befreundeten Parteien und Massenorganisationen mit der Lageentwicklung im Kreis vertrautzumachen, ihre politische Standhaftigkeit zu erhöhen. Mit den Maßnahmen ist zugleich zu gewährleisten, die geplanten Veranstaltungen zur Durchführung des 40. Jahrestages politisch gut abzusichern, alle Versuche von Störungen, geplante demonstrative Handlungen sind durch vorbeugende Maßnahmen zu verhindern. Das gilt auch für den heutigen Tag, denn der MOB ist zwar abgezogen, aber ist noch nicht verschwunden, ja.

Auf Anzeichen von negativen Gruppenbildungen, Unterschriftensammlungen u. ä. ist sofort zu reagieren, besonders durch politische Überzeugungsarbeit im Umfeld ist der Charakter der damit beabsichtigten Ziele zu entlarven bzw. Rädelsführer sind zu isolieren. Auf kirchliche Aktivitäten ist besonnen, differenziert und abgestimmt zu reagieren.

Alle vorgesehenen kulturellen Veranstaltungen sind so zu beeinflussen, daß ein Mißbrauch der Verbreitung negativer Plattformen weitestgehend unterbunden wird. Von Veranstaltungsverboten ist nur im äußersten Fall Gebrauch zu machen.



Abteilung N

Karl-Marx-Stadt, 7. 10. 1989
AI/ /89BSTRU
0002A K G

Information
Über die Lage unter der Arbeiterklasse und die Stimmung
der Bevölkerung zu aktuell-politischen und Versorgungsfragen

Am 6. 10. 1989 wurden im IPV - Abgang 6 000 Sendungen bearbeitet. Es wurde dabei festgestellt, daß 90 % dieser Bürger von der gegenwärtigen Lage und Situation bewegt sind. Ein geringer Teil von ca. 1 % brachte eine positive Meinung zum Ausdruck.

Zunehmend waren politisch-negative, z. T. hässliche, verleidnerische Meinungsäußerungen zur gegenwärtigen Sitation zu verzeichnen. Bei allen d. g. Sendungen war zu entnehmen, daß man sich ausschließlich an den Meldungen der westlichen Medien orientierte. Die dort verbreitete Hysterie zeigte sich gleichermaßen im Inhalt der Mitteilung in der Briefsendung.

Die erarbeiteten Informationen beschäftigen sich mit der gesamten gegenwärtigen politischen Lage, der Botschaftsbesetzungen, der Ausweisung der DDR-Bürger und der damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen der Aktion "Schiene" bzw. der Maßnahmen zur Sicherung der Staatsgrenze Süd. Im politisch-negativen Sinne wird zum Ausdruck gebracht:

- Die Ereignisse überschlagen sich. Es herrscht eine explosive Stimmung. Überall kocht und brodelt es, warum ignoriert die Regierung die Bevölkerung der DDR? Warum ändert sich nichts?

BSTRU
0003

2

- Die Regierung habe total das Vertrauen verloren, die Fluchtwelle ist eine harte Antwort auf die zurückliegende Wahl in der DDR.
- Man wacht die Obrigkeit langsam auf und fängt an sich über die Wurzeln dieser derzeitigen Hysterie Gedanken zu machen und nicht die Schuld immer bei anderen zu suchen.
- Man erwartet eine politische Wende und setzt mit dem Gorbatschow-Besuch Hoffnung auf eine reformfreundliche Politik der DDR.
- Man bedauert, daß die Medien und die Regierung der BRD sich nur auf die Ausreisewilligen konzentriert und kein Wort verliert, über die, die in diesem Staat ausharren müssen, denen es nun am dreckigsten geht.
- Das Gefühl als unmündige Bürger behandelt zu werden, sei das Niederdrückenste.
- Man hofft, daß die senile Führung nach dem Staatsfeiertag geht, weil man ansonsten für nichts mehr garantieren könnte.
- Austritt aus SED und Gewerkschaft würden sich häufen, die Arbeitsmoral habe einen Tiefpunkt erreicht. Unpünktlichkeit und Gleichgültigkeit greifen immer mehr um sich, weil man nicht mehr weiß wofür man arbeitet.
- Wir sind jetzt durch die Maßnahmen CSSR eingesperrt. Es heißt jetzt nicht mehr 40 Jahre DDR, sondern 40 Jahre Knast.
- Unser Staat hat Angst, was am 7. 10. noch alles passiert. Die Polizei hat großen Einsatz alles zu verhindern, damit keine Demonstrationen entstehen können. In unseren Zeitungen steht nichts zu den Vorkommnissen, nur Hurra - Meldungen zum 40. Jahrestag.
- Viele haben Angst und sagen am Wochenende (7. 10.) kann es einen Aufstand mit Blut und ersten Toten geben - siehe China. Was mag in den Köpfen derer vorgehen, die vor Ruhe und Ordnung sorgen sollen.
- Man befürchtet auch Zeiten wie in Polen. Die Einführung des Kriegsrechtes mit nächtlicher Ausgangssperre.

BSTU
00030 3

- Die Menschenansammlungen auf den Bahnhöfen Freiberg, Flöha, KMStadt, Glauchau, Zwickau, Reichenbach und Plauen werden mitgeteilt und Empörung über die Maßnahmen der Sicherheitsorgane zum Ausdruck gebracht. Sie werden als Angst des Staates bewertet.

Beispiele zur Aktion "Schiene" sind u. a.

[REDACTED], 92 Freiberg, [REDACTED]

... "So etwas habe ich noch nie gesehen bzw. mitgemacht. Ines hatte Angst um mich als es hieß, bitte verlassen sie das Bahnhofsgelände, keiner ging, warum auch, wir waren alle in friedlichen Absichten dort hingegangen als es wieder hieß bitte..."

Dann kam ein Sonderkommando mit Gummiknöppel, sie bildeten eine Kette und dann ging es los, sie holten die Stöcke raus und gingen vor, sie schlugen zu egal ob es eine Frau war oder auch Kinder. Vor mir viel eine Frau hin, ich hob sie auf und in dem Augenblick spürte ich einen Schlag auf den Rücken von so einem Gummiknöppel. Die gehen durch dick und dünn, das war Wahnsinn, bitte entschuldige für die Schrift, aber ich zittere so wenn ich wieder daran denke. Und immer wieder der Ruf, wir wollen raus, wir wollen Gorbi, wir wollen raus.

[REDACTED] hatte schon geweint, sie hat mich wiedergefunden. Wenn ich davon anfange zu reden, sagt sie hör auf, es war doch schon schlimm genug. Dann ein bisschen später kamen Sondereinheiten der Polizei sogar mit Hunden, die sie auf die Menschen los gelassen haben brutal. Es heißt nicht mehr 40 Jahre DDR, sondern 40 Jahre Knast..."

[REDACTED], 9003 KMStadt, [REDACTED]

... "Ich war heute viermal auf unserem Bahnhof. Ich kann Euch sagen, da war was los. Tausende von Menschen, Überfallkommando, Armee und Polizei. Die haben alle auf die Züge gewartet (aus Prag). Sie haben sich auf die Schienen gelegt, sind über Zäune geklettert. Das Überfallkommando ist mit Schlagstöcken und Hunden in die Massen. Die Massen haben gebrüllt Freiheit, Freiheit. So etwas habe ich noch nie erlebt. Alle Straßen waren verstopt. Sie standen auf PKW's und LKW's. Ich wäre am liebsten noch dageblieben. Aber die Massen haben auf einmal versucht, mein Auto umzukippen. Die Polizei hat sie dann weggebrügelt..."

[REDACTED], 9570 Zwickau, [REDACTED]

... "Man müste das ganze Geschmeiß erschießen. Wir hängen nur noch am Radio und Fernsehen. Man hat uns wieder voll im Griff, aber ganz so ruhig geht das am 7. 10. nicht ab, Vorsorge ist getroffen, die Kampfgruppe und Stasi erlatscht sich bald gegenseitig."

BSTU
0004 4

Na, wir werden sehen. Momentan ist jedenfalls erst einmal die Grenze zu, man hat es erwarten können und trotzdem dachte man, daß sie sich das nicht mehr erlauben. Wir nehmen ja auch an, daß nach dem 7. Okt., wenn die "Geburtstagsgäste" fort sind, die Dauenschrauben angezogen werden. Diese alten verknöcherten Idioten. Wüßt Ihr was bei uns auf dem Bahnhof los ist? Es wimmelt von Polizei und Sodaten, schlimm! Wenn dieser Spuck endlich ein Ende hätte, aber ich glaube, freie Wahlen dürften die jetzt nicht machen, sie würden ihr blaues Wunder erleben..."

[REDACTED], 99 Plauen, [REDACTED]

... "Ansonsten ist eine unmögliche Stimmung in der Bevölkerung. Durch Plauen sind doch die ganzen Flüchtlinge gefahren. Kannst Du Dir vorstellen, was auf den ganzen Bahnhöfen los war. Waren die ganzen Gleise blockiert. Armee, Trapo, Polizei haben alles abgesperrt. Ich will nur nicht zuviel schreiben, was los war, ist schlimmer als im Film. Feuerwehr war mit den Wasserschläuchen da. In paar Betrieben wurde gestreikt, es lohnt sich nicht, da kraute den Hund. Am Sonnabend, 7. 10. na kannst Du Dir denken, da ist bestimmt was los..."

[REDACTED], 992 Oelsnitz, [REDACTED]

... "Es fehlt nur noch der zündende Funken. In unserem Betrieb war heute die Stasi, weil eine Wandzeitung gemacht worden ist mit Zeitungsausschnitten aus der Freien Presse, die halt nicht unter dem Motto 40 Jahrestag paßten. Dann muß unser Betrieb, wahrscheinlich alle gesellschaftlichen Einrichtungen auch nachts bewacht werden, damit keine Gegenplakate aufgehängt werden.

Dann sind heute ja wieder die Züge aus Prag durch Plauen gerollt. Alles war durch Polizei abgesichert. Polizisten habe ich am Bahnhof gesehen, nicht viel älter als Tilo, mit Schlagstöcken und vor dem Bahnhof und auf der Terrasse Massen von Menschen, an der ganzen Strecke waren Massen mit Plakaten. Es waren auch ältere Leute dabei, die bestimmt ihre Kinder mit in dem Zug hatten. In der Nacht muß die Polizei ja alles auseinandergenommen haben. Es waren welche mit Kopfverbänden und blutverschmielter Kleidung dabei, wenn ich nicht alles selbst mitgesehen hätte, ich würde es nicht für möglich halten. Jeder erwartet am 7. 10. eine Wende..."

07.10.-09.10.1989

07.10.-09.10.1989

57

Karl-Marx-Stadt, 7. 10. 1989

557 A/89

BStU
000101

Lageinschätzung

Über die Situation im Bezirk Karl-Marx-Stadt am
7. 10. 1989, insbesondere im Zusammenhang mit Zusammen-
rottungen feindlich-negativer Kräfte in Karl-Marx-Stadt
und Plauen

BStU
000102

Im Verlaufe des 7. 10. 1989 kam es in der Stadt Karl-Marx-Stadt sowie in Plauen infolge von Zusammenrottungen feindlich-negativer Kräfte zu Provokationen und rowdyhaften Ausschreitungen, die zeitweilig die staatliche Sicherheit und öffentliche Ordnung und Sicherheit in diesen Territorien beeinträchtigten.

In Karl-Marx-Stadt wurden diese Provokationen durch das Auftreten von Vertretern und Sympathisanten des staatsfeindlichen Zusammenschlusses "Neues Forum" während der Veranstaltung "Theaterfest im Kulturpalast - Tag der offenen Tür mit Künstlern und Mitarbeitern" in der Spielstätte Luxorpalast am 7. 10. 1989, gegen 11.00 Uhr, ausgelöst.

Dort kam es, nachdem der Schauspieler [REDACTED] das Publikum informiert hatte, daß die Verlesung von Resolutionen abgesetzt worden sei, zu tumultartigen Szenen.

Durch den in Neukirchen, Kreis Karl-Marx-Stadt, wohnhaften Arzt [REDACTED] wurden die Besucher, unter denen sich eine Vielzahl von Sympathisanten des "Neuen Forums" befanden, weiter aufgeputscht. Aktivitäten eingesetzter gesellschaftlicher Kräfte kamen nicht zum Tragen.

Nach Abbruch der Veranstaltung durch den [REDACTED] (Der [REDACTED] und der Schauspieler [REDACTED] wurden am 6. 10. 1989 durch den 2. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Genosse WEBER, in einem Gespräch sachlich und einfühlsam darauf hingewiesen, daß das Verlesen der Resolution nicht stattfinden darf. Der [REDACTED] hat die Veranstaltung deshalb abgebrochen, weil Ordnung und Sicherheit im Luxorpalast nicht mehr gewährleistet war.)

Der Luxorpalast hat ein maximales Fassungsvermögen von 640 Personen. Zum Zeitpunkt des Abbruchs befanden sich mindestens 800 Personen im Saal, darunter Kleinkinder. Damit war Sicherheit und Brandschutz nicht mehr gewährleistet und somit Leben und Gesundheit der Besucher gefährdet.) zog ein großer Teil der Besucher gemeinsam mit weiteren vor dem Luxorpalast wartenden zumeist jugendlichen Personen, geführt durch [REDACTED] und andere Beschäftigte des Theaters, zu einem "Schweigmarsch" in Richtung Rathaus.

Die Situation in dieser Zusammenrottung von nunmehr zirka 1500 Personen eskalierte auf dem Weg zum Rathaus zur Bereitschaft zur offenen, gewaltsamen Konfrontation mit den Sicherheitskräften.



10



11

Abb.10
Hubschrauber-Einsatz bei der Demonstration am 7. Oktober 1989 an der Zentralhaltestelle in Karl-Marx-Stadt
Foto: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX
2734, S. 2/Bild 29

Abb.11
Polizeieinsatzkräfte am 7. Oktober 1989 in der Otto-Grotewohl-Straße (heute Bahnhofstraße) an der Ecke Ernst-Thälmann-Platz (heute Reitbahnstraße) in Karl-Marx-Stadt
Foto: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XIX
805, Bd. 2, S. 35



12

Abb.12
Eine Einheit der Polizeieinsatzkräfte formiert sich vor der Engel-Apotheke Annenstraße an der Ecke Ernst-Thälmannstraße (heute Reitbahnstraße) in Karl-Marx-Stadt.
Foto: BStU, MfS, BV KMSt, Abt. XX 2734, S. 2/
Bild 23

BStU
000103

2

Durch den rechtzeitigen Einsatz der in Bereitschaft liegenden Sicherungskräfte, das I. und II. KGB (mot.), 3 Kompanien der 9. VP-Bereitschaft sowie operative Kräfte der DVP und des MfS, konnte eine räumliche Ausweitung der Provokation und ein weiteres Anwachsen der Zusammenrottung unterbunden werden.

Ab 12.00 Uhr erfolgte der Einsatz der Sicherungskräfte als Räumkette mit dem Befehl "Schlagstock frei" zur Auflösung der Zusammenrottung im Bereich Wilhelm-Pieck-Straße, Zentralhaltestelle, Otto-Grotewohl-Straße. Es wurden 36 Personen vorläufig festgenommen, die als Rädelsführer in Erscheinung traten bzw. den Handlungen Widerstand leisteten. Die Handlungen wurden von einem Hubschrauber des MdI unterstützt. Ab 13.00 Uhr erfolgte die Rückvorlegung der Kräfte in ihre Sammelfäume.

Seit diesem Zeitpunkt ist die staatliche Sicherheit sowie die öffentliche Ordnung und Sicherheit in Karl-Marx-Stadt in vollem Umfang gewährleistet.

Zwischen 18.00 Uhr und 18.30 Uhr rotteten sich erneut 30 Personen vor dem Karl-Marx-Städtler Rathaus zusammen und traten mit Rufen, wie "Freiheit", "Scheiße SED", "Gorbi - wir wollen raus" in Erscheinung. Durch die Sicherheitskräfte wurde die Personenansammlung aufgelöst, und es erfolgte die Zuführung von 8 Personen.

Auch in der Stadt Plauen haben feindlich-negative konterrevolutionäre Kräfte öffentlichkeitswirksame Demonstrationen angezettelt und die öffentliche Ordnung und Sicherheit beeinträchtigt.

Beginnend ab 14.00 Uhr setzte ein Zustrom von kleineren Personengruppen in Richtung Otto-Grotewohl-Platz im Zentrum von Plauen ein. Durch Sympathisanten und weitere Personen aus der Menge erreichte diese Zusammenrottung gegen 15.00 Uhr eine Stärke von 1500 Personen. Diese bewegte sich vom genannten Platz in Richtung Rathaus (Hauptportal), wo eine der sich dort befindlichen Glasscheiben des Haupteingangs eingeschlagen wurde. In der Masse wurden selbstgefertigte Plakate mit Aufschriften, wie "Freiheit", "Freie Wahlen", "Pluralismus" sowie Fahnen der DRO provokatorisch mitgeführt. Gleichzeitig rief die Menschenansammlung im Chor: "Freiheit", "Gorbi", "Ausreisefreiheit".

3

BStU
000104

Durch die zum Einsatz kommenden Sicherheitskräfte konnte diese Menge nicht aufgelöst werden, aber es wurde verhindert, daß die an der Zusammenrottung beteiligten Personen ins Rathaus eindrangen. Die Sicherheitskräfte wurden mit Steinen beworfen.

Die randalierende Menge bewegte sich anschließend zurück zum Otto-Grotewohl-Platz und weiter in Richtung Bahnhofstraße, Platz der Roten Armee, SEO-Kreisleitung und KD des MfS, wobei sich die Aggressivität weiter steigerte und sich zirka 17.15 Uhr wieder 3000 Personen vor dem Rathaus versammelten. Von ihnen wurde dort lautstark die Forderung erhoben, daß der Oberbürgermeister sowie der Superintendent des Evangelisch-Lutherischen Kirchenbezirkes Plauen, KÜTTLER, reden sollten und 10 Personen aus der Menge vorgelassen werden.

Durch den Oberbürgermeister wurde über Megaphon versucht, beruhigenden Einfluß auf die Masse zu nehmen, aber die Demonstration wurde weiter eskaliert.

Daraufhin sprach gegen 18.00 Uhr der Superintendent KÜTTLER zur Menschenmenge, appellierte an die Vernunft, forderte zu Ruhe und Besonnenheit auf und ersuchte darum, nach Hause zu gehen. Gleichzeitig sagte er, daß Personen, die es wünschen, ihm einen Zettel geben sollten. Er stehe für Gespräche mit jedem zur Verfügung. Auch Superintendent KÜTTLER wurde beschimpft und als Vasall des Staates bezeichnet.

Trotzdem löste sich ein großer Teil der Zusammenrottung auf und der verbleibende Rest von mindestens 500 Personen zog sich zum Theaterplatz zurück, wo diese Personen in teilweise angetrunkenem Zustand weiter randalierten. Zur Auflösung der 20.15 Uhr noch vorhandenen Gruppierung von 250 Personen stehen insgesamt 755 Kräfte der NVA, DVP und des MfS zur Verfügung.

Die zum Einsatz kommenden Sicherheitskräfte haben alle Maßnahmen eingeleitet, daß diese randalierende Menge abgegrenzt wurde.

Während der Ausschreitungen wurden 3 Angehörige der DVP verletzt und 2 Tanklöschfahrzeuge beschädigt.



Abb.13
Demonstranten am 7. Oktober 1989 am Otto-Grotewohl-Platz (heute Tunnel) in Plauen
Foto: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX
2733, S. 2/Bild 54

Ab. B über Stkr. Operativ

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT *356/11*

Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt

BStU
Vor 12589
IX 9049-000100

Strenge vertraulich!
Um Rückgabe wird gebeten!

Karl-Marx-Stadt, 10. 10. 1989

— 2 — Blatt
+ Anlagen
1. Exemplar

Nr. *A12*

für Kollektivneur 18

Plausz Ff/PA

INFORMATION
über *b77777*

Erklärungen der Freiwilligen Feuerwehren Plauen und Neundorf, Kreis Plauen, in denen gegen den Einsatz von Tanklöschfahrzeugen zur Auflösung von Zusammenrottungen am 7. 10. 1989 in Plauen Stellung genommen wird

Abteilungsexemplar

Verteiler *km*

Leiter der Abteilung Staats- und Rechtsfragen der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt

Vorsitzender des Rates des Bezirkus Karl-Marx-Stadt Zentrale

Leiter der AKG *Ottomeier*
Oberst

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT 2

BStU
000101

Nach den der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Karl-Marx-Stadt vorliegenden Informationen wandte sich die Freiwillige Feuerwehr Plauen in einer vom [REDACTED] und weiteren 4 Angehörigen unterzeichneten Erklärung an die Abteilung Inneres des Rates der Stadt Plauen gegen den Einsatz von Tanklöschfahrzeugen des Kommandos Feuerwehr zur Auflösung von Zusammenrottungen am 7. 10. 1989 (siehe Anlage 1).

Die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr Neundorf wandten sich mit einer ähnlichen Erklärung gegen den Einsatz von Fahrzeugen der Feuerwehr "gegen Demonstranten", wobei 12 Angehörige ihre Absicht bekundeten, aus der Freiwilligen Feuerwehr auszutreten (siehe Anlage 2).

Es ist vorgesehen, mit den Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr klärende Aussprachen durch Mitarbeiter der Abteilung Innere Angelegenheiten des Rates der Stadt bzw. des Rates des Kreises Plauen gemeinsam mit Vertretern der Abteilung Feuerwehr des Volkspolizeikreisamtes Plauen zu führen.

Der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Plauen ist informiert.



14



15

Abb. 14/15
Einsatz von Tanklöschfahrzeugen als Wasserwerfer gegen Demonstranten am 7. Oktober 1989 in Plauen
Foto: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX
2733, S. 2/Bild 74, 152

<p><u>Abschrift</u></p> <p>Freiwillige Feuerwehr Plauen Wehrleiter Rat der Stadt Plauen Abteilung Inneres Untergraben 1 Plauen 9900</p> <p>VPKA Plauen Abteilung Feuerwehr Überer Graben Plauen 9900</p>	<p><u>Anlage 1</u></p> <p>0. 10. 1989</p> <p>BStU 000102</p>
<p><u>Erklärung</u> der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Plauen zu den Maßnahmen mit Tanklöschfahrzeugen des Kommandos Feuerwehr am 7. 10. 1989</p>	
<p>Die Freiwillige Feuerwehr Plauen distanziert sich und verurteilt auf das schärfste das Vorgehen mit Tanklöschfahrzeugen gegen Bürger anlässlich einer Kundgebung am 7. 10. 1989 im Bereich Otto-Grotewohl-Platz und Umgebung.</p> <p>Das zweckentfremdete Einsetzen von Tanklöschfahrzeugen als Wasserwerfer gegen fast ausschließlich friedliche, unbewaffnete Bürger und Kinder vereinbart sich auf keine Weise mit den Aufgaben der Feuerwehr entsprechend dem Brandschutzgesetz vom 19. 12. 1974.</p> <p>Durch diesen völlig sinnlosen Einsatzbefehl des Einsatzleiters der VP wurden Leben und Gesundheit der bis dahin überwiegend friedlichen Bürger gefährdet sowie Löschfahrzeuge und Leben und Gesundheit der Besatzungen unverantwortbar aufs Spiel gesetzt. Durch diesen Einsatz der Löschfahrzeuge ist das gute Ansehen der Feuerwehr auf das größte geschädigt worden sowie keine Vertrauensbasis mehr vorhanden.</p> <p>Die Freiwillige Feuerwehr Plauen wird, bis ein Vertrauensverhältnis Bürger - Feuerwehr wieder entstanden ist, keine Maßnahmen in vorbeugendem Brandschutz durchführen, da ich als Wehrleiter die Gefährdung meiner Kameradinnen und Kameraden durch verständliches emotionales Verhalten der Bürger nicht verantworten kann.</p>	

sam -an--

+ bdvp ddn c 2423 ovz 07.10.89 0315 ka =

bbbb

chiffriert

mdi odn
bv mfs odn =

Lagebericht:

die durchgefuehrten veranstaltungen im zusammenhang mit dem 40.jahrestag der gruendung der ddr sowie die befoerderung von teilnehmern am fackelzug der fdj in der hauptstadt berlin verliefen im bezirk dresden planmaeszig und ohne stoerungen.

im ergebnis der beurteilung der Lage , in auwertung der bisherigen erfahrungen unk der zu erwartenden handlungen feindlich-negativer kraefte wurden 3 operative fuehrungspunkte im raum der hauptanstrengungen in der bezirksstadt dresden, im bereich hauptbahnhof, leninplatz/prager strasse und altmarkt eingerichtet und besetzt. die einsatzkraefte wurden politisch-ideologisch und operativ auf die zu loesenden aufgaben vorbereitet.

ab 19.00 uhr bildeten sich erste menschenansammlungen auf dem leninplatz in dresden in der groeszenordnung von ca. 400 personen. durch weiteren zu.auf verstaerkte sich diese ansammlung und erreichte in kürzester zeit eine groesze von ca. 4500 bis 5000.

im gleichen zeitraum sammelten sich personengruppen vor dem rathaus in dresden sowie den raeten der stadtbezirke ost und sued (jeweils 40-50 personen). dabei handelte es sich um antragsteller, welche die dokumente zur ausreise aus der ddr vforderten. in enger zusammenarbeit mit dem stellv.innunes des rates des bezirkes uebernahmen mitarbeiter des rates des stadtbezirkes dresden-ost die abfertigung dieser

G
GSTU
000048

Fu/E 204/89

rr AV 2423

1212 0535

BStU
000049

buerger. durch polizeilichen Einsatz erfolgte die Auflösung der Menschenansammlung vor dem Rathaus, in deren Ergebnis 10 Zuführungen erfolgten. Beim Eintreffen von Einsatzkräften vor dem Rat des Stadtbezirkes Süd kam es zur sofortigen Auflösung der Personengruppen.

Auf dem Hauptbahnhof gab es keine negativ-feindlichen Aktivitäten. Durch kasernierte Einheiten wurden alle 4 Eingänge zum Bahnhof gesichert. Der Reisezugverkehr verlief planmäßig und ohne Stoerungen.

Aus der im Einsatzraum Prager Straße/Leninplatz befindlichen Menschenansammlung wurden Steine und Flaschen geworfen und mehrfach feindliche Lösungen wie z.B. "Kneuppelpolizei", "Wir wollen Forum", "Wir wollen raus", "Menschenrechte und Freiheit", "Schlagt die Kommunistenschweine und hängt sie auf" gerufen.

Aus dem Handeln und Verhalten des aktiven Kerns der Stoerer war eindeutig eine massiv feindliche Einstellung gegen unseren Staat, die Partei der Arbeiterklasse und gegen die Schutz- und Sicherheitsorgane erkennbar.

Die erhöhte Aggressivität wurde deutlich, in dem mit Eisenstangen, Eisenkugeln geworfen wurde und Luftdruckpistolen benutzt wurden.

Dabei wurden 3 Straßenlaternen auf der Prager Straße zerstört. Durch den konzentrierten Einsatz von Kräften des VPKA und 10 Kompanien der 8. VPB, der OHS und der 6. VPB wurde gegen 21.00 Uhr der Leninplatz geräumt und die Auflösehandlung in Richtung Prager Str. weitergeführt.

Dabei zeigte sich, dass sich die Mehrzahl der Personen in die Flanken der Handlungsrichtung Leningrader Str. und Dr.-Karl-Ruedigstr. zurückzog, während der aktive Kern in Stärke von 500 - 700 Personen zusammenblieb.

Diese große Gruppierung wurde im Bereich Prager Str. zwischen Delikat-Geschäft und Eiskaffee blockiert und in Richtung Leningrader Str. geräumt. Während dieser Raumhandlung wurde eine größere Anzahl von Zuführungen realisiert.

BStU
000050

die eingesetzten einheiten handelten entsprechend den festgelegten weisungen mit sonderausrustung. reizwurfkoerper kamen bei der auflösung der ansammlung im raum des leninplatzes zum einsatz. die anwendung von polizeiknueppeln erfolgte bei allen raumhandlungen. wasserwerfer waren in der reserve, kamen jedoch nicht zum einsatz.

nach auflösung des aktiven kerns bildeten sich erneute ansammlungen von gruppen im raum leninplatz sowie im raum wiener str./sidonienstr und bayrische str./fr.-list-platz.

nach konkreter lagebeurteilung wurden die kraefte neu formiert, durch reservekraefte der nva verstaeert und 4 hauptrichtungen der auflösung festgelegt. das war der leninplatz, ammonstr./dr.-k.-ruedrig-str., wiener str./sidonienstr. und buergerwiese.

um 0.00 uhr begann schlagartig die raeumung in diesen 4 hauptrichtungen. in deren folge um 00 .30 uhr alle gruppen aufgelöst waren.

waehrend der gesamten handlungen war ein verstaecktes auftreten von kfz aus der brd zu verzeichnen, ohne das es konkrete hinweise fuer aktives handeln gab.

im verlauf der handlungen erfolgten insgesamt 367 zufuehrungen, darunter 28 frauen und 6 skien-heads. der ueberwiegende teil der zugefuehrten war aus dem bezirk dresden. weitere konzentrationen gab es aus den bezirken karl-marsx-stadt und leipzig. aus den ersten ueberpruefungen und vernehmungen geht hervor, dasz eine reihe der zugefuehrten bereits an den vortagen an provokatorischen handlungen im stadtzentrum von dresden teilgenommen hat. es ist offensichtlich, dasz diese handlungen durch die taufenden informationen in den westlichen massenmedien inspiriert wurden.

bei vernehmungen und durchsuchungen einiger zugefuehrter wurde reizsprays und schlagringe festgestellt.

waehrend des einsatzes auf der praer str. war 21.30 uhr kinoschlus (ca.1000 besucher). durch zweckmaesige masznahmen und ansprechen der besucher wurde durch kanalisation gesichert, dass die besucher ohne beeintraechtigungen zu den straszenbahnhaltstellen kamen.

in einer reihe gespraeche zwischen angehoerigen der dvp und buergern aeuszerten diese im wesentlichen ihre genugtuung ueber das konsequente einschreiten der dvp zur zerschlagung der provokationen. gleichzeitig wird besorgnis darueber geaeuszert wie lange dieser zustand rowdyhafter feindlicher handlungen einschlieszlich sachbeschaedigungen anhalten wird.

es gibt aber auch einzelne meinungen, die sich offen gegen die masznahmen der dvp richten. wie "diskutiert doch mit den menschen und schlagt nicht auf sie ein".

in den wohngebieten ist man nicht einverstanden mit den veroeffentlichungen. man sollte endlich zeigen, wie brutal die rowdys gegen die sicherungskraefte vorgehen.

waehrend des gesamten einsatzes musz hervorgehoben werden, dasz bei allen einsatzkraeften eine hohe einsatzbereitschaft, mut und disziplin gezeigt wurden.

1 angehoeriger der verkehrspolizei wurde durch eine eisenkugel am oberarm verletzt und medizinisch versorgt.

das enge zusammenwirken mit den diensteinheiten des mfs war durchgaengig gewaehrleistet.

entsprechend der aufgabenstellung des ministers des innern und chefs der dvp sind zur gewaehrleistung einer hohen oeffentlichen ordnung und sicherheit am 07. oktober 1989 umfassende sicherungsmasznahmen eingeleitet.

bdvp dresden
chef der bdvp dresden
nyffenegger
generalleutnant

BStU
000051

Volkspolizeikreisamt Leipzig
stellv. Ltr. / Einsatz

Leipzig, d. 07.10.89

BStU
000073

Protokoll

Über Einsatz zur Sicherstellung und Herstellung
der inneren Ordnung und Sicherheit

- 09.45 Uhr Menschenansammlung vor dem Eingang Nikoleikirche/Nikolaikirchhof. Nach Erhöhung der Präsenz der DVP formierte sich ein loser Marschblock mit Abgang Grimmaische Str./ Thomaeallee/ Dittrichring/ Schulstr./ Burgplatz. In Bereich des Parkplatzes wurde der Marschblock zum Stillestand gebracht. Durch Einsatzkräfte der DVP wurden die Bürger aufgefordert, diesen Marschblock aufzulösen, da durch die Anzahl eine Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit hervorgerufen wurde. Es erfolgten Zuführungen von Personen, welche trotz mehrmaliger einzelner Aufforderung dieser Forderung nicht Folge leisteten.
- 11.15 Uhr erneute größere Ansammlung von Bürgern vor dem Eingang Nikolaikirche, welche den normalen Fußgängerbetrieb stark behinderten.
11.30 Uhr Aufforderung durch Einsatzkräfte über Lautsprecher zur Auflösung dieser Ansammlung. Nach zweimaliger Aufforderung wurde der Platz geräumt. Abgangserichtung Theaterpassage/Karl-Marx-Platz. Einzelne Bürger kamen den Forderungen nicht nach und sie setzten sich auf die Straße neben der Theaterpassage. Nach weiteren mehrmaligen persönlichen Aufforderungen, den Platz zu räumen erfolgte auf Grund der Weigerung die Zuführung. Durch diese Personen wurde versucht, das Lied "Auf, auf zum Kampf" anzustimmen, welches keinen Erfolg zeigte.
- 14.35 Uhr erneute größere Ansammlung von Bürgern, welche die öffentliche Ordnung und Sicherheit im Bereich Nikolaikirchhof störten. Nach Feststellung von Einsatzkräften der DVP versuchte die Gruppe geschlossen in Richtung Sachsenplatz über Schuhmachergäßchen zu marschieren, welches durch Sperrkette der Einsatzkräfte der DVP verhindert wurde. Vereinzelte Bürger versuchten an der Sperrkette Diskussionen zu entfachen und weitere Bürger aufzuwiegeln. Aus dieser Gruppe erfolgten Zuführungen. 2-malige Aufforderung über Lautsprecher zur Auflösung dieser Ansammlung, welche nur vereinzelte Bürger Folge leisteten.
14.52 Uhr erneute Aufforderung über Lautsprecher
14.56 Uhr Räumung des Bereiches durch Einsatzkräfte der DVP und Zuführung von Bürgern, die sich widersetzen.
- 15.10 Uhr Bildung Sperrkette auf Nikolaikirchhof / Höhe Theaterpassage zur Verhinderung einer erneuten Personenansammlung vor Eingang Nikolaikirche. Zusammenrottung mehrerer Personen vor dieser Sperrkette in Richtung Grimmaische Str. Es wurde versucht, die Einsatzkräfte durch Rufe und Diskussionen zu provozieren.

- 2 -

BStU
000074

- 15.15 Uhr Zuführung einer Person, welche besonders provaktiv auftrat.
- 15.17 Uhr Die Personenansammlung staute sich bis in den Bereich Grimmaische Str. und behinderte die Personenbewegung. Es erfolgte über Lautsprecher die Aufforderung zur Auflösung dieser Ansammlung, welcher nur wenige Bürger Folge leisteten.
- 15.25 Uhr Erneute Aufforderung über Lautsprecher zur Auflösung der Ansammlung.
- 15.28 Uhr Nochmals 2-malige Aufforderung zur Auflösung über Lautsprecher. Nur vereinzelter Abgang von Bürgern.
- 15.33 Uhr Räumung des Bereiches in Richtung Karl-Marx-Platz und Zuführung weiterer Personen, welche sich widersetzen.
- 16.10 Uhr wiederholte größere Personenansammlung in der Ritterstr. zwischen Nikolaikirchhof und Grimmaische Str., welche die öffentliche Ordnung und Sicherheit störten. Es erfolgten mehrfache Aufforderungen über Lautsprecher, die Ansammlung aufzulösen, welchen keiner Folge geleistet wurde.
- 16.30 Uhr Nach nochmaliger Aufforderung wurde der Bereich in Richtung Karl-Marx-Platz durch Einsatzkräfte der DVP geräumt. Sich widersetzen und provozierende Bürger wurden aus der Gruppe herausgelöst und zugeführt.
- 18.10 Uhr Aus der Innenstadt formiert sich eine größere Personengruppe zum Marschblock und bewegt sich Karl-Marx-Platz/Goethestr. Demonstration wird durch Einsatz Wasserwerfer in Richtung Johannisplatz aufgelöst. Es erfolgten keine Zuführungen.
- 18.30 Uhr Formation eines Demonstrationzuges mit Marschrichtung Hauptbahnhof/F.-Engels-Platz/Dittrichring. Durch Einsatzkräfte wird die Demonstration auf Dittrichring gestoppt und zurück gedrängt. Aus der Demonstrationsgruppe wurden provozierende Personen isoliert und zugeführt. Demonstrationszug setzt Weg fort über Lohstr./Hotel Merkur/Gerberstr./Hauptbahnhof. Weitere Zuführungen aus dieser Demonstrationsgruppe.
- 18.45 Uhr
- 19.10 Uhr Abzug der Sperrkette zur Sicherung Nikolaikirchhof.
- 19.15 Uhr Erneute Personenansammlung mit Formierung zum Marschblock Abgangserichtung Innenstadt, keine Zuführungen
- 19.25 Uhr Demonstrationsgruppe vom Hauptbahnhof setzt erneuten Marsch Richtung F.-Engels-Platz durch. Dabei werden Knallkörper gegen handelnde Einheiten der DVP geworfen. Die Demonstrationsgruppe wird zum Halt gebracht und es erfolgt Rückmarsch Richtung Hauptbahnhof. Es werden weitere Zuführungen realisiert.
- 20.10 Uhr Durch Reste der Demonstrationsgruppe wird versucht, die Innenstadt wieder durch Haliisches Tor zu erreichen. Bei der Auflösung dieser Gruppe erfolgten weitere Zuführungen.
- 20.30 Uhr Ende Einsatz.

stellv. Ltr. / Einsatz
Oberstabsleutnant der VP



16/17

Abb. 16
LKW mit Einsatzkräften in der Leipziger Innenstadt, 9. Oktober 1989.
Foto: Eckhard Otto

Abb. 17
Polizeieinheiten sammeln sich in der Leipziger Innenstadt, 9. Oktober 1989.
Foto: Eckhard Otto

Sachachenbericht einer betroffenen an die Stadtstaatsanwaltschaft Leipzig BStU
030040

betrifft: den Einsatz von Sicherheitskräften und damit zusammenhängende Aufführung und entwidrigende Behandlung der Bürger am 7. Oktober, die eine Nacht auf dem Platz verbringen mußten

Ich arbeite in 3 Schichten und der 7. Oktober war mein einziger freier Arbeitstag, denn am 8. Okt. hätte ich Nachschicht gehabt, jedoch fühlte ich mich nach den schrecklichen Ereignissen nicht dazu in der Lage. Folgendes geschah;

+++

Ich hatte mir mit noch zwei Kolleginnen für den 7. Okt. vorgenommen, auf den Bauernmarkt zu gehen und anschließend einen kleinen Stadtbummel zumachen. Wegen 10.00 Uhr waren wir in der Innenstadt und gingen zielstrebig zum Bauernmarkt. Dort kaufte ich mir einen Blumenstrauß, den ich später vor der Nikolaikirche niedergelegt. Wegen 13.00 Uhr trafen wir einen Kollegen auf den Platz vor der Nikolaikirche an. Wir blieben stehen und wechselten ein paar Worte. Außer uns waren noch mehrere Bürger dort und sie waren ebenfalls ins Gespräch vertieft. Einige von den Sicherheitskräften liefen auf den Platz auf und ab, kein ungewöhnliches Bild. Alles war ruhig und friedlich, nichts deutete auf Unruhen hin. Die von den Sicherheitskräften schlossen sich in eine Gruppe zusammen und traten an den Rand des Platzes. Plötzlich schrie einer von ihnen: "Aandeln!". Panik brach aus. In Sekundenschnelle war der Platz voller Polizisten, die mit Schlagstöcken bewaffnet waren. Militärblaster fuhren auf. (Mannschaftswagen) Dann schlugen die Polizisten wild und zielloos auf die Bürger ein. Zogen sie an den Naaren über den Platz zu den Laternen. Beim Aufsteigen zog ein zivilgekleideter Beamter uns vom Laster aus - auf den Laster. Sie schrien uns an. An den Kleidungsstücke wurden wir auf die im Laster befindliche Bank gesetzt. Wir wurden nur mit "Schwein und Sau" von Ihnen bestitelt. Genau 13.33 Uhr fuhr der Laster mit 8 Migrern und 3 von den Sicherheitskräften los. Dann hielt der Laster erst wieder in einem Innenhof, der von Gebäuden umgeben war, wer weiß, wo das war. Beim Absteigen zog man uns wieder an der Kleidung und es kam auch vor, daß sie wieder den Schlagstock zum Einsatz brachten. Erst nach den Schlägen wurden wir gefragt, ob man männlich oder weiblich sei. Danach mußten wir in ein gebaute gehen, Tropfen steigen. Es kam der Befehl, stehen zu bleiben,ände an die Seite, Janicht an der Wand anlehnen, denn das wurde bestraft. Dann wurden wir einzeln in einen Gang gebracht, dort wurden unsere Personen festgehalten. Mit einer Begleitperson brachte man uns zu einem Raum, der sich am Ende des Gangs befand. Dieser wurde von mehreren Polizisten außen und innen bewacht. Dort rein mußten wir uns setzen. Stunden vergingen, als ein zivilgekleideter gesamte meinen Namen rief. Ich mußte mit ihm mitgehen, wieder Tropfen steigen, halt. Er schloß ein Zimmer auf und als wir beide uns hingestellt hatten, begann das Verhör oder auch Vernehmung genannt. Danach mußte ich ein Protokoll unterschreiben. Dann gingen wir raus, die Tropfen runter. Endstation war in einen Kellergang, wo sich eine sogenannte Massenzelle befand. Darinnen befanden sich schon mehrere männliche Bürger. Vor der verschlossenen Jittertür mußte ich stehen bleiben und meine Taschen leeren. Die Zigaretten und das Feuerzeug hatte man mir abgenommen. Dann wurde die Jittertür aufgeschlossen und man warf mich rein, wie ein Rier zum Fraß. Sekunden waren blos vergangen, als die Tür wieder aufgeschlossen wurde. Ein Polizist kam rein und zog mich an der Jacke wieder raus.

- 1 -

nen gab mir mein Eigentum zurück. Eine Polizistin führte mich durch einen furchtbar warmen und nur notbeleuchteten Kellergang. BStU rausend Gedanken gingen mir in diesen Augenblick durch meinen Kopf, die Ungewissheit machte sich in mir breit, wer weiß, was nun passiert. Dann kam mir ein kalter, frischer Luftzug entgegen. Wir kamen an den Innenhof an. Wieder in ein Gebäude, die Treppen erneut steigen. Ich weiß nicht, in welcher Stunde ich den Befehl erhielt, stehen zu bleiben. Auf den Flur befanden sich 7 Polizisten und ich mußte wieder in einen Raum gehen. Drinnen waren noch 3 Polizisten zur Bewachung und es saßen schon mehrere Bürger da, die vom gleichen Schicksal betroffen waren, wie ich. Stunden vergingen wieder. Menschliche Bedürfnisse mußten angemeldet werden. Dann wartete man auf eine Entscheidung, wenn es hieß "ja", dann nur in Begleitung. Einige von uns fragten nach etwas zu Essen und was zu Trinken. Für die Frage hin, wurde er auf den Flur gebracht und mußte die Hände an die Wand machen und breitbeinig von der Wand wegstellen. Da in meinen Familienkreis eine Verlobung angesagt war, fragte ich einen Polizisten, ob man den Angehörigen bescheid gibt, wo man sich befindet. Dies wurde mir zugesichert. Doch nach meiner Entlassung mußte ich feststellen, daß das nicht der Fall war.

Es war 21.30 Uhr, als wir wieder aufgerufen wurden. Wieder mußten wir die Treppen runter gehen, erneut ging es auf den Innenhof. Die gleichen Mannschaftswagen standen wieder bereit, wie die bei den Ministransport. In jenen Hof erwarteten uns eine ganze Menge Polizisten, die sehr trugen, das Visier verdeckte ihr Gesicht, mit Schlagstöcken bewaffnet und einige von ihnen trugen ein Maschinengewehr mit sich. Sowie ich es aus Kriegsfilmen kenne, trieben sie uns auf die Laster. In der Schulzeit lernte man mir, wie die Nazis waren. In Friedenszeiten zeigte man mir die Praxis, denn diese Polizisten führten sich ebenso uns gegenüber auf. Auf den Laternen saßen wir bequem, Schulter an Schulter. Dann traten die Polizisten einige Bürger, damit sie das wittern in den Laster anbringen könnten. Von uns abgeschirmt, saßen noch 4 Polizisten zur Bewachung mit Maschinengewehr. Dann ging die Fahrt los. Es regnete, so als würde der Himmel mit uns betroffenen weinen und ebenso wenig verstehen, wie wir, was eigentlich sich die ganze Zeit abspielt.

Endstation war auf dem agrar - Gelände. Die Laster hielten, die Absperrung wurde abgebaut, zuerst mußten die Männer absteigen. Wie wir rasch bemerkten, hatten auch dort schlaglustige Polizisten auf uns gewartet. An den Kleidungsstücken wurde beim Absteigen nachgeholfen. Dann mußte jeder seine Jacke ausziehen. Feuerzeugen wurden weggenommen. Die Männer mußten sich breitbeinig von der Wand wegstellen und die Hände an die Wand. Manchmal traten die Polizisten gegen die Füße eines Bürgers, sodaß er jeglichen Halt verlor. Dann schrie sie ihn an: "Du Schwein, laß die Pfoten an der Wand!" Das war eine Art, wie die Polizisten versuchten uns zu provozieren, in der Hoffnung, daß jemand die Nerven verliert und sie hätten einen Grund zum Schlagen. Nach den Untersuchungen wurden die Männer in Pferdeställe eingesperrt, ca. 20 Männer. Dann mußten wir Frauen absteigen. Auch wie die Männer, mußten wir die Jacke ausziehen und genauso an die Wand stellen. Eine Polizistin nahm die Untersuchung vor. Ich sagte ihr, daß ich meine Periode habe, daraufhin meldete sich ein Polizist zu Wort und sagte: "Na und, Du Sau!" Dann packte mich ein Polizist an meinen Pullover an und schaffte mich ebenfalls in einen Pferdestall, die anderen Frauen auch, jener Polizist war direkt scharf darauf, daß er die Bürger in den Pferdestall reinbringen konnte. Man konnte es in seinem Gesicht sehen. Mit mir bzw. Mit uns war noch eine ältere Bürgerin (längst schon in der Rente) eingesperrt. Sie weinte und zitterte am ganzen Leib. Angst zeigte ihr Gesicht und sie schien normal am Boden. Daraufhin riefen wir Frauen einen Polizisten und bat ihn, wenigstens die alte Dame freizulassen. Er lachte uns an und lief dann weg, als hätte er nichts gehört. Keine Achtung vor unseren älteren Bürgern.

Jene Polizisten hätten gut und gerne ihre Söhne sein können. Vergessen ist, daß unsere älteren Bürger unser Land aufgebaut haben. Auch dort mußten wir unsere menschlichen Bedürfnisse unterdrücken, wieder nur mit Zustimmung und mit Begleitung. Sonntagnachmittag 1.00 Uhr erhielten wir eine Bockwurst, ein hartes Brötchen und ein Schluck Tee. Unsere Hände waren schwer, wie alle durch das stundenlange Stehen. Übermüdet und durchgefroren waren wir, beinahe unbeschreibbar. Gegen 4.30 Uhr kam erneut solch ein Laster an, darauf waren ältere Männer, die etwas Alkohol getrunken haben. Ein schreckliches Bild, wie sie an uns vorbei liefen, denn einige von ihnen hatten ein blutiges Gesicht, vermutlich wurden sie auch geschlagen. Uns schien es so, als hätte man den Polizisten eine Kopfpromotion versprochen.

Um 12.00 Uhr wurden wir aufgerufen, erhielten unser Eigentum zurück. Mußten dann wieder auf den Laster steigen. Dann ging die Fahrt wieder los. Irrgentwo wurden immer 3 Bürger abgesetzt. Dann fuhr der Laster weiter. Ich suchte die Straßenbahn auf und fuhr heim. Um 13.00 Uhr kam ich völlig erschöpft zu Hause an. Ich aß und trank noch etwas und ging dann zu Bett. Ich schlief durch bis am Montagnachmittag um 9.00 Uhr.

+++

Noch heute ist alles für mich unfassbar. Auch wenn ich jenen 7. Okt. beschreibe, wird sich niemand in die Lage der betroffenen versetzen können und keiner kann uns die Alpträume abnehmen. Ja, wir leben damit und in uns wurde etwas zerstört. Warum werden die Einsätze von der Polizei der DDR in unsere Presse so hochgespielt, wenn es bei uns auch blos nicht anders zuging? Der mir gelernte "Freund und Vater" hat in mir Misstrauen aufleben lassen. Das kann im Fernsehen ein jubelndes Volk zeigen und die Wahrheit verduscht, daß man zur gleichen Zeit Bürger schlug, ist eine Schande und eine Verelberung der Bevölkerung. In zuvielen Seelen wurde der 40. Geburtstag der DDR eingepreßt.

Ich fordere:

- das jene Sicherheitskräfte zur Rechenschaft gezogen werden, die an den Aktivitäten am 7. Oktober beteiligt waren
- daß man jenen zur Verantwortung zieht, der den Befehl für derartige Aktivitäten erteilt hat
- eine öffentliche Entschuldigung
- den Schadenersatz (finanzieller Verlust) für die ausgefallene Nachtschicht vom 8. Oktober
- eine Erklärung, was mit den Protokollen geschied, die wir unterschreiben mußten
- daß derartige Einsätze der Sicherheitskräfte nie wieder erfolgen.

[REDACTED]
Unterschrift einer betroffenen

Geschrieben am 28. Oktober 1989

[REDACTED]
Leipzig
7023

1. Stellvertreter des Leiters

Dresden, 8. Oktober 1989
an-ssBStU
000096Anruf des Genossen Generalleutnant Neiber am 8. 10. 1989, 10.00 Uhr

Genosse Neiber teilte mit, daß der Generalsekretär des ZK der SED, Genosse Erich Honecker, an die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen ein wichtiges Fernschreiben gesandt hat. Darin wird auf Vorkommnisse, besonders in den Bezirken Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Berlin verwiesen und gefordert, daß alle Anzeichen und Krawalle von vornherein zu unterbinden sind.

Unter anderem ist darin festgelegt,

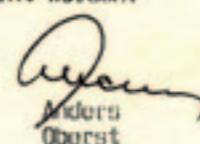
- daß sofort Sitzungen der Bezirkseinsatzleitungen durchzuführen sind,
- unverzüglich Informationen an alle Partei- und gesellschaftlichen Organisationen erfolgen müssen, um die Arbeit vor Ort schnell zu aktivieren, sachliche Veröffentlichungen mit Stellungnahmen von Werkträgern in der Bezirkspresse.

Auf dieser Grundlage wurde durch den Genossen Minister nochmals in einer Beratung eindeutig unterstrichen:

Entsprechend den bisherigen Forderungen sind keine Ansammlungen zulassen und Gruppenbildung sofort zu unterbinden. Alles ist im Keim zu ersticken, journalistische Aktivitäten sind zu unterlassen, gesellschaftliche Kräfte müssen verstärkt zum Einsatz kommen. Wichtig ist, Präsenz der Sicherungskräfte/VP zu zeigen, notwendige Einsatzbereitschaft überall zu bilden, um schnell handeln zu können. Alle Bürger können und sollen uns sehen.

Wichtig ist ein enges Zusammenwirken im Bezirk und die Führung durch den 1. Sekretär der Bezirksleitung. Für die Kräfte der VP ist der Chef der BDVP verantwortlich.

Auf erforderliche politisch notwendige Entscheidungen soll durch den Leiter der Bezirksverwaltung eingewirkt werden.



Anders
Oberst

EINGANG		BStU 000026	TELEGRAMM		VfS/Dra B/StaR
		(Nichtzutreffendes streichen)		09. Okt. 1989 100	AUSGANG
Dringlichkeit	Flugzeug	GKS	GVS	VVS	Fu/FS-Nr.: A1-Lage gekennzeichnet
Absender: BV Dresden, Leiter					26
Empfänger: MfS Berlin, Minister, Genosse Armeegeneral Wielke					
Stellvertreter des Ministers, Generaloberst Mittig Stellvertreter des Ministers, Generalleutnant Neiber Leiter ZAIG, Generalleutnant Irmler Leiter ZOS, Oberst Sommer					19 137189
					Dresden, 9. Oktober 1989
Seit dem 4. 10. 1989 wurde im Stadtgebiet Dresden durch einzelne Flugblätter sowie durch Plüsterpropaganda dazu aufgefordert, sich am 8. 10. 1989, 15.00 Uhr auf dem Theaterplatz zu versammeln. Die Aufforderung war unterzeichnet mit "Gruppe Autonomes Forum". Über diesen Sachverhalt wurden die Bezirksleitung der SED und die BDVP informiert. Am 6. 10. 1989, 15.00 Uhr, wurde eine Beratung unter Leitung des Chefs der BDVP, Genosse Generalleutnant Nyffenegger, durchgeführt, in der im Zusammenhang mit dem Vortrag der gegenwärtigen operativen Lage durch meinen Stellvertreter Operativ ausdrücklich noch einmal auf die geplante demonstrative Zusammenkunft am 8. 10. 1989 auf dem Theaterplatz hingewiesen und die Notwendigkeit unterstrichen wurde, Maßnahmen zur Verhinderung gemeinsam durchzuführen.					
Durch eingelegte operative Maßnahmen wurde der Verfasser des Aufrufes ermittelt. Es handelt sich um der einschlägig bekannten [REDACTED], der in aktiver Verbindung zur Gruppe "Wolfspelz" steht. [REDACTED] wurde bei der Bekämpfung der feindlich-negativen Aktivitäten mit zugeführt und am 7. 10. 1989 durch die Abteilung IX intensiv vernommen. Er nannte dabei weitere Personen, die an der Herstellung und Verteilung der Flugblätter beteiligt waren, so daß am 8. 10. 1989 in den Vormittagsstunden 4 weitere Zuführungen durchgeführt werden konnten.					
Für den 8. 10. 1989, 15.00 Uhr wurde die Durchführung eines operativen Einsatzes im Zusammenwirken mit der VP vorbereitet.					
Durchschläge/Durchschriften: _____ Stck. Geschrieben: _____ Gesehen: _____					
Eingangsdatum: _____ Uhrzeit: _____ Anfang: _____ Ende: _____ Nachr.-Sachbearb.: _____					

BStU
000029

000029

4

Dort war eine besonders hohe Öffentlichkeitswirksamkeit gegeben, da sich zu diesem Zeitpunkt viele Straßenpassanten dort aufhielten.
In der Ansammlung von 4 - 5.000 Menschen wurde lautstark gegrölt.

Dort wurden die alten Sprechchöre und zusätzlich - "Dresden erwache" - "Haltet aus" gerufen.

Um 19.35 Uhr setzte sich die Menge erneut in Bewegung und ging vorbei an der BVDP im Richtung Dr.-Rudolf-Friedrich-Brücke/Leningrader Straße.

Aufgrund der nicht voraussehbaren Bewegungsrichtung und der dadurch erschwer-ten Führung der uniformierten Kräfte gelang es nicht, den Zug zum Stehen zu bringen und am erneuten Einschwenken in das Zentrum zu hindern.

Über die Thälmannstr. und den Altmarkt bewegte er sich wieder in die Prager Straße. Durch die uniformierten Kräfte gelang es, einen erheblichen Teil des Zuges abzuschneiden und durch Aufforderungen und weitere Zuführungen aufzu-lösen.

Die Blockierung und volkspolizeiliche Umstellung des noch verbleibenden Restes von ca. 1.000 Demonstranten gelang in der Prager Straße zwischen Hotel "Newa" und Rundkino. Es bildeten sich 2 Gruppen.

Der offensichtlich harte Kern des Demonstrationszuges bestand aus 250 Personen und setzte sich vor dem Hotel "Newa" demonstrativ auf die Straße.

Das Rufen von Sprechchören ging weiter, nunmehr dominierten auch

"Dresden erwache"

"Wir wollen Perestroika"

"Haltet aus"

"Wir bleiben hier - Reformen wollen wir"

"Keine Gewalt - ohne Gewalt"

Die Hauptschreier waren Jugendliche, zum Teil im Alter zwischen 15 und 18 Jahren.

Während des ganzen Weges wurde der Demcntrationszug offensichtlich durch meh-rere Personen durch Rufen und Winken an der Spitze dirigiert und geführt.
Eine Person konnte bereits ermittelt und zugeführt werden. Es handelt sich um

[REDACTED]
geboren am: [REDACTED]
beschäftigt in der Produktionsplanung
VEB Polypack Dresden.

An der Identifizierung weiterer derartiger Rüdelsführer wird gegenwärtig noch gearbeitet.

Es wurden weitere uniformierte Kräfte herangeführt und Festnahme- bzw. Zufüh-rungsgruppen vorbereitet. Durch die operative Kontrolle der Ansammlung wurde festgestellt, daß einige kirchliche Amtsträger versuchten, auf die Menschen im Sinne der Verhinderung von Gewalt einzuwirken. Der Kaplan der katholischen Kirche Richter, Frank betätigte sich dabei wie folgt:

In einer Rede an die Versamme'ten forderte er die Herausgabe der Gefangenen der letzten Tage und erläuterte die Ziele des "Neuen Forum".
Er befragte die anwesenden Personen nach ihren Forderungen und legte ihnen die Antworten in den Mund.

BStU
000030

000030

5

Durch lautes Klatschen gaben die Versammelten jeweils ihre Zustimmung zu den Forderungen, wie

- Reisefreiheit
- Zulassung des "Neuen Forums",
- Freilassung der politischen Gefangenen,
- Wahlen mit freier Wahl der Kandidaten und der Programme,
- inneren Frieden ohne Gewalt,
- Reform der Presse
- Schulreform.

Anschließend forderte er auf, daß festzulegende Vertreter diese Forderungen dem Oberbürgermeister überbringen sol'ten.

Es meldeten sich ca. 15 Personen zwischen 30 und 50 Jahren, mit denen gemein-sam sich der Richter, Frank zur Absperrkette der Volkspolizei begab. Er übermittelte einem leitenden VP-Offizier, daß für den Fall, daß sich der Oberbürgermeister bereit erklärt, am 09. 10. 1989 mit 21 Vertretern ein Ge-spräch zu führen, sie bereit sind, auf die versammelten Menschen einzuwirken, den Platz zu verlassen.

Dieser Sachverhalt wurde durch die Genossen der Deutschen Volkspolizei weiter-geleitet, und durch den 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED entschieden, eine zustimmende Antwort zu geben.

Operativ wurde veranlaßt, daß die Personalien der 21 Personen festgestellt wurden.

Gegenwärtig erfolgen dazu die notwendigen Überprüfungen. Neben kirchlichen Mitarbeitern der evangelischen und katholischen Kirche sind bisher eine freischaffende Journalistin und ein Bäckermeister konkret bekannt. Zwischen-zeitlich hatten sich Bischof Hempel, Oberlandeskirchenrat Fritz und Superintendent Ziemer im Rathaus eingefunden und baten um ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister Berghofer. Dieses Gespräch wurde vom Stellvertreter Inneres geführt und im Ergebnis wurden die kirchlichen Amtsträger mit einem Funkstreifenwagen durch die Volkspolizei zu den durch die VP umstellten Ansammlungen in der Prager Straße gebracht.

Superintendent Ziemer sprach zu den Ansammlungen und erklärte, daß das geforderte Gespräch am 09. 10. 89 stattfinden wird. Über die Gesprächsergebnisse würde am gleichen Tag um 20.00 Uhr in der Kreuzkirche, der Christuskirche, der Ver-söhnungskirche und der Kathedrale informiert.

Die Versammelten sollten den Aufforderungen der Deutschen Volkspolizei unbe-dingt Folge leisten und jetzt friedlich nach Hause gehen. Daraufhin lösten sich die Ansammlungen innerhalb von 2 - 3 Minuten auf und gegen 22.15 Uhr waren im Dresdner Stadtgebiet Ruhe und Ordnung wieder hergestellt.

Während der gesamten Aktion wurden insgesamt 261 Zuführungen auf der Grundlage der §§ 212, 217, 220 StGB durchgeführt.


Böhm
Generalmajor

Bitte weitersagen:

Gewaltloser Marsch in Dresden am gestrigen Sonntagabend brachte erste Ergebnisse:

- Montag (9.10.) 9.⁰⁰: Eine Abordnung von 20 Frauen und Männern im Gespräch mit dem Oberbürgermeister von Dresden.
- Bekanntgabe der Gesprächsergebnisse:
Montag - HEUTE - 20.⁰⁰ Uhr in der
KreuzKirche - Dresden ; Versöhnungskirche
(Strasse) ; Christuskirche (strehlen)

BStU
000028

18

Abb.18
Plakat mit Aufruf zur Teilnahme an Informationsveranstaltungen über Ergebnisse der Gespräche zwischen der „Gruppe der 20“ und dem Dresdner Oberbürgermeister vom 9. Oktober 1989
BStU, MfS, BV Dresden, Abt. XX 10510, S. 5

ZWEI AUFRUFE IN LEIPZIG AL. 9. OKTOBER 1989

Die Leipziger Bürger Prof. K. Hofer, Prof. Peter Zimmermann, der Kabarettist Bernd-Lutz Lango und die Sekretäre der SED-Buzirkleitung Dr. Kurt Meier, Jochen Pommert, Dr. Roland Wötzel wenden sich mit folgendem AUFRUF an alle Leipziger Bürger:

000028

Unsere gemeinsame Sorge und Verantwortung haben uns heute zusammengeführt. Wir sind von der Entwicklung in unserer Stadt betroffen und suchen nach einer friedlichen Lösung. Wir alle brauchen einen freien Meinungsaustausch über die Weiterführung des Sozialismus in unserem Land. Deshalb versprochen die Genannten heute allen Bürgern, ihre Kraft und Autorität dafür einzusetzen, daß dieser Dialog nicht nur im Bezirk Leipzig, sondern auch mit unserer Regierung geführt wird. Wir bitten dringend um Besonnenheit, damit der friedliche Dialog möglich wird.

In den letzten Wochen ist es mehrfach und in verschiedenen Städten der DDR zu Demonstrationen gekommen, die in Gewalt mündeten: Pflastersteinwürfe, zerschlagene Scheiben, ausgebrannte Autos, Gummiknüppel- und Wasserwerfersatz. Es gab eine unbekannte Zahl Verletzte, von Toten ist die Rede. Auch der letzte Montag in Leipzig endete mit Gewalt. Wir haben Angst, Angst um uns selbst, Angst um unsere Freunde, um den Menschen neben uns und Angst um den, der uns da in Uniform gegenübersteht. Wir haben Angst um die Zukunft unseres Landes. Gewalt schafft immer nur Gewalt. Gewalt löst keine Probleme. Gewalt ist unmenschlich. Gewalt kann nicht das Zeichen einer neuen, besseren Gesellschaft sein.

Wir bitten alle:

- Enthaltet Euch jeder Gewalt!
- Durchgreift keine Polizeiketten! hältet Abstand zu Absperrennen!
- Greift keine Personen oder Fahrzeuge an!
- Entwendet keine Kleidungs- oder Ausrüstungsgegenstände der Einsatzkräfte!
- Werft keine Gegenstände und enthaltet Euch gewalttätiger Parolen!
- Seid solidarisch und unterbindet Provokationen!
- Greift zu friedlichen und phantasievollen ~~Waffen~~ Formen des Protestes!

An die Einsatzkräfte appellieren wir:

- Enthaltet Euch der Gewalt!
- Reagiert auf Friedfertigkeit nicht mit Gewalt!

Wir sind ein Volk!
Gewalt unter uns hinterläßt ewig blutende Wunden!

Partei und Regierung müssen vor allem für die entstandene ernste Situation verantwortlich gemacht werden. Aber heute ist es an uns, eine weitere Escalation der Gewalt zu verhindern. D von hängt unsere Zukunft ab!

Arbeitskreis Gerechtigkeit
Arbeitsgruppe Menschenrechte
Arbeitsgruppe Umweltschutz

BRD Leipzig Gen. Krank. abgsg, 7.10.89
Habt. XXI

zum
BStU
000063

Information zu festgelegten Maßnahmen im Zusammenhang mit den „Montagereignissen“ in Leipzig

Am 06.10. fand 8st Uhr bei [REDACTED]
oder KMGU [REDACTED] eine Beratung statt in dem Ergebnis Maßnahmen zur Sicherung der Mobilitätsdienstpflicht des KMGU am 9.10. in Zusammenhang mit zu erwartende Hasssiedlungen nach den Montagereignissen festgelegt wurde.

Rechtslage die in Zeitung hatte die einzelne Berichte des KMGU bis 6.10. 12st Uhr die [REDACTED] Maßnahmen für diese Maßnahmen, da kein vorerstellungszeit.

Daraufhin führte die [REDACTED] oder Bereich Medizin [REDACTED] dazu einer Beratung mit Befehl Beamte/Kollegen durch (Gen. [REDACTED]; Gen. [REDACTED]; Gen. [REDACTED]; [REDACTED], Gen. [REDACTED], Frau [REDACTED]) und [REDACTED] (Befehl mit [REDACTED] Medizin)

Folgende Maßnahmen wurde für die Bereich Medizin festgelegt, die in der Bereitschaftsliste am 6.10.89 13st Uhr von [REDACTED] Medizin bestätigt wurden:

a. 9.10. si - d:

-2-

- die Mobilitätsbereitschaft zu richten
- Sicherstellung der med. Versorgung und Belebung bei erhöhter Anzahl in Chirurgie
- Bereitstellen von Waffen über Bereitschaftsliste in der Chirurgie hinweg
- bei erhöhte Gefahr Erhöhung der Urologische und Neurochirurgischen Räume
- erhöhte Bereitschaft Pflichtig erreicht Vorhandensein technischer Basis für mögl. erhöhte OP
- Gewährleistung von OTs + Zentral Hochbau

Diese Maßnahmen sind von der verantwortliche Beamte und Kollegen verhandelt zu lehren

Quelle FTM „Basis“

Ge. S. [REDACTED]

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT	
Bezirksverwaltung Leipzig	BSfU 000001
Streng vertraulich Um Rückgabe wird gebeten!	
Leipzig	10. 10. 1989
	Bleit
Nr.	Exemplar
INFORMATION über <u>Reaktionen der Bevölkerung des Bezirkes zur nichtgenehmigten Demonstration am 9. 10. 1989 in Leipzig und damit zusammenhängenden Problemen</u>	
<p>Vor dem Hintergrund der in den letzten Wochen verschärften Angriffe der gegnerischen Macht im Zusammenwirken mit inneren feindlichen Kräften und damit zusammenhängenden sehr starken Diskussionen zum Problem des Verlasses der DDR, den ihr zugrundeliegenden Ursachen - die überwiegend den inneren Bedingungen in der DDR zugewiesen werden -, ist auf der Grundlage aktueller interner Informationen aus nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen einzuschätzen, daß die nichtgenehmigte Demonstration vom 9. 10. 1989 einen absoluten Diskussionsraum eröffnet. Diese Diskussionen konzentrierten sich auf die Stadt Leipzig und sind in allen Bevölkerungsschichten sowie politischen Kräften und Organisationen anzutreffen.</p> <p>Erkennbare Haupttendenzen sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die offensichtliche Erhöhung des Einflusses des "Neuen Forum", die in der hohen Zahl der Teilnehmer der Demonstration sichtbar wird, die sich in unterschiedlichen Maße mit vorbreiteten Auffassungen des "Neuen Forum" identifizieren. 	

BSfU 000002	2
<ul style="list-style-type: none"> - Die sichtbare Erleichterung, daß es zu keinen gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Schutz- und Sicherheitskräften kam, die bei unterschiedlichen Wertungen der weitreichenden negativen Auswirkungen von Gewalt als Ausgangspunkt und Zeichen für einen Dialog bezeichnet werden. - Die nahezu übereinstimmende Zustimmung zu den über Rund- und Stadtfernsehverbreiteten Appellen alle Leipziger durch Kurt Masur, 3 Sekretäre der SED-Direktion und weitere Personen, wobei auf das Erfordernis des tatsächlichen Beginns eines Dialogs verwiesen wird. - Die Erwartung, daß die Partei- und Staatsführung mit einem offenen Wort zu den angestauten innenpolitischen Problemen Stellung nimmt und Lösungen im Sinne von Reformen gefunden werden (dabei besteht weitgehend Unklarheit über den Inhalt solcher Reformen). - Eine breite Palette von innenpolitischen Fragen, die in diesem Zusammenhang angeführt werden, die zu lösen seien, wobei häufig eine Bezugnahme oder Zustimmung zu Forderungen des "Neuen Forum" erkennbar sind. <p>Berechtigt ist die häufige Auffassung von Teilnehmern und Zuschauern der Demonstration, daß es nicht richtig sei, diese mit Rowdy's gleichzustellen (siehe auch Sprecher "Wir sind keine Rowdy's").</p> <p>Vielen anhänglich Neugierigen hätten sich angeschlossen und durch Teilnehmer seien mehrfach Versuche extremer Elementen zu feindlichen Dokumenten selbst zum Teil energisch unterbunden worden, wozu auch die Einflussnahme durch kirchliche Amtsträger und verschiedene Appelle zur Gewaltlosigkeit beitrugen.</p> <p>Erkennbar ist ein hoher Anteil von Studenten der Universität und anderen Hoch- und Fachschulen Leipzig, wobei der Bereich Medizin der UH (internen Einschätzungen zufolge hört an ca. 50 % der Studenten teilgenommen) einen Schwerpunkt darstellt.</p>	

BStU
000003

3

Es gibt Überlegungen von den politischen Untergroßen zuzuordnenden Kräften sowie kirchlicher Amtsträger, wie die entstandene Situation für die Erweiterung ihres Einflusses genutzt werden kann.

Erleichterung über den gewaltfreien Ausgang der Demonstration sei in einer Vielzahl von Betrieben und Einrichtungen anzutreffen. Der Übergang zur Gewaltlosigkeit sei Symbol für den beginnenden Dialog (Angestörige der Sektion Theologie u. a. Bereiche der KJU, kirchliche Amtsträger, Beschäftigte verschiedenster Betriebe). Die Gefahr der Ausuferung in Straßenschlachten (Kombinat Baukombi u. a.) sowie Bürgerkriegsähnliche Zustände analog in der VR China hätten zu nicht übersehbaren Folgen geführt. Diese Erleichterung war auch unter in Bereitschaft stehenden Angehörigen von Kampfgruppen und der VfB-Bereitschaft erkennbar.

Verschiedentlich ist Angst vor weiterer Eskalation der Auseinandersetzung erkennbar, wobei auf den 17. 6. 1953 verwiesen wird. In diesem Zusammenhang würden an der Sektion Chemie der KJU durch Angehörige des Lehrkörpers unkontrollierbare Handlungen von Studenten befürchtet, wenn nicht schnelle Lösungen gefunden würden. Analog wird in Kreisen der ESG diskutiert, wobei der Dialog besteht, aber auf mögliche Eskalation der Gewalt hingewiesen wird. Internen Informationen zufolge wurde in der KGB ein "Aufruf zum gewaltfreien Dialog" verfaßt, der zur Verbreitung kommen soll.

Der "Appell an alle Leipziger" wurde sowohl von Teilnehmern der Demonstration, als auch in Betrieben und Einrichtungen übereinstimmend als richtiger Schritt zur Beruhigung der Lage in einerbrisanten Situation gewertet.

Dabei wird dies verschiedentlich als Schritt der SED-Zentralkommission charakterisiert, aber auch die Frage gestellt, ob das mit dem ZK abgestimmt sei.

Daraus wird verbreitet die Bewertung geknüpft, daß tatsächlich zu einem Dialog übergegangen werde, der allerdings in Ruhe und Ordnung auch seitens der oppositionellen Kräfte geführt werden müsse.

BStU
000004

4

Durch Mitglieder der Partei wird erwartet, daß der Dialog unter Führung der Partei geführt wird und daß die Mitglieder auf die zu erwartenden Auseinandersetzungen richtig eingestellt werden. In diesem Zusammenhang wird weiter erwartet, daß begründete Argumentationen zur Auseinandersetzung mit Positionen des "Neuen Forum" vermittelt werden.

Vermurkt wird, daß keine Veröffentlichung des genannten Appells in der LVZ vom 10. 10. 1989 erfolgte; das könnte den begonnenen Dialog stören und zur Verunsicherung führen. (U. a. Ingenieurschule für Pharmazie; Akademie der Wissenschaften "Die Nichtveröffentlichung sei ein Dämpfer")

Befürwortet ist die in Bereich Medizin der KJU verschiedentlich anzutreffende Auffassung, daß der Dialog geführt werden müsse ohne wesentliche Forderungen preiszugeben und daß das "Neue Forum" in Verantwortung zu nehmen sei.

Scherfe Angriffe werden unvermindert gegen die gegenwärtige Informationspolitik gerichtet. Die Vermittlung von Informationen erfolgt zu langsam; auch die Informationstätigkeit zur Demonstration am 9. 10. 1989 sei dafür ein Beispiel.

Befürwortet wird die Zurückweisung der Westjournalisten aus Leipzig am 9. 10. 1989, da ihnen damit die Möglichkeit der Original- und Erstinformation genommen wurde.

In diesem Zusammenhang wird in verschiedenen Bereichen die allgemein anzutreffende Schönfärberei verurteilt.

Im VEB IHLV wird hinsichtlich der zu verändernden Versorgungsprobleme diskutiert, vor 5 Jahren sei Jan als Heldensozialer bezeichnet worden, wenn man auf Probleme aufmerksam wurde.

Eine relativ starke Rolle spielt die Frage nach der Arbeit mit der Jugend. Hier nimmt wie üblich der sozialistische und kreative Arbeitstag die Argumentation in der "Jungen Welt" wurde als beteiligend bezeichnet.

BStU
000005

5

Die am 9. 10. 1989 den Kräften der Bereitschaftspolizei gestellten Aufgaben wurden zuverlässig und diszipliniert gelöst. Die Mehrzahl der VPB-Angehörigen ist sichtlich erleichtert darüber, daß es am 9. 10. 1989 nicht zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kam. Es gab Einzelereignisse des Zurückweichens. Generell wird die Frage gestellt, wie es nunwohr weitergehen soll. Ein erheblicher Teil der Einsatzkräfte einschließlich Offiziere und Berufsunterführer .

- war von der hohen Zahl der Demonstranten tief beeindruckt und fassungslos;
- stellte nach der Zurückhaltung der Einsatzkräfte die Frage, ob trotz des sicher verwideten Blutbades wir noch das Haft des Handelns, und die Initiative in der Hand halten;
- äußerte, daß unsere Partei nun endlich in die ideologische Offensive geht, daß die Massenmedien wieder einbezogen werden, da jede weitere Zurückhaltung den Gegner stärkt.

Wiederholt waren Versuche von Demonstranten zu verzeichnen, in Bereitstellungsräumen befindliche Angehörige der VP und der Kampfgruppen in Diskussionen zu verwickeln. Dabei wurde vor allem mit der angekündigten Gewaltlosigkeit des Auftretens und dem Ziel des Erreichens eines Dialoges mit der Regierung argumentiert. Offensichtliches Ziel war, die Gedanken von einem aktiven Einsatz abzuhalten.

Aus internen Meinungsäußerungen evangelisch-kirchlicher Autore (z. B. Superintendent Magirus), katholisch gebundenen Personen, Mitgliedern aus Arbeitskreisen sowie Konkurrenzteilnehmern von 9. 10. 1989 geht einstimmig immer befriedigung und Genugtuung bezüglich des gewaltlosen Verlaufs der Demonstration und des Verhaltens der VP und Sicherheitskräfte hervor. Man wertete es als erstes Zeichen der Vernunft und Dialogbereitschaft mit Anderen denkenden.

Da die gesamte Lage auch in nächster Zeit zielgerichtet zu entspannen und Verständnis bei den unzufriedenen Bürgern zu er-

BStU
000006

6

locken, wird erhofft - und das im Interesse des Staates -, daß weitere Zeichen in Richtung einer erforderlichen Reformpolitik gesetzt werden.

Die Anfänge seien vorhanden, das Ventil hätte den Überschüssigen Dampf abgelassen, jetzt darf kein Überschüssiger Druck durch Unrat und ersichtliche Ausweglosigkeit entstehen und zugelassen werden.

Leiter der Bezirksverwaltung

Hummelach
Generalleutnant



Nachwort

Nach dem 9. Oktober 1989 häuften sich nun von Woche zu Woche Friedensgebete, Massendemonstrationen, politische Kundgebungen und die Formierung von oppositionellen Gruppen überall in der DDR. Gemeinsame Forderungen all dieser Bewegungen waren ein Dialog mit der Regierung, der eine grundsätzliche Diskussion über Veränderungen in der DDR zuließ, der Verzicht der SED auf ihren Führungsanspruch, eine demokratische Umgestaltung der Verhältnisse, Meinungs- und Reisefreiheit. Am 8. November wurde die oppositionelle Sammlungsbewegung Neues Forum offiziell von der SED-Führung als politische Gruppierung anerkannt. Die SED und damit auch ihre Geheimpolizei, die Stasi, verloren zunehmend die Deutungshoheit über die Ereignisse. Mit neuen Regelungen zur ständigen Ausreise versuchte die Regierung noch einmal, die Bürger zu beschwichtigen und ihre Macht zu erhalten. Doch nach dem Fall der Mauer am 9. November 1989 war das Bestreben der Menschen nach einem schnellen Ende der Mangelwirtschaft und der Bevormundung nicht mehr aufzuhalten. Die Forderung nach der Einheit Deutschlands rückte mehr und mehr auf die Tagesordnung. Nicht nur die SED, sondern auch ihr „Schild und Schwert“, das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), unterlagen in der Folgezeit Auflösungsercheinungen. Am 17. November wurde das MfS in „Amt für Nationale Sicherheit“ (AfNS) umbenannt. Das SED-Politbüro erklärte sich am 22. November zu Gesprächen mit Bürgervertretern am Zentralen Runden Tisch bereit. Am 1. Dezember strich die Volkskammer den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung.

Ihrer Empörung über jahrzehntelange Überwachung und Kontrolle machten Bürgerinnen und Bürger bei der Besetzung des nunmehr umbenannten Bezirksamts für Nationale Sicherheit in Erfurt am 4. Dezember Luft. Damit begann eine Besetzungs潮e von zahlreichen weiteren Stasi-Dienststellen, bei der spontan gebildete Bürgerkomitees mit Hilfe von Staatsanwälten und Volkspolizei die Akten versiegelten. Sie verhinderten damit die vollständige Vernichtung des Aktenmaterials und ermöglichen so die Öffnung der verbliebenen Unterlagen, die wir heute als zeithistorische Dokumente nutzen können. Am 15. Januar 1990 schließlich erstürmten einige tausend Menschen auch die Berliner Stasi-Zentrale in der Normannenstraße.

Auf Druck von Oppositionsvertretern, die Staatssicherheit ersatzlos aufzulösen, wurde neben den regionalen Bürgerkomitees und der AG Sicherheit des Zentralen Runden Tisches am 8. Februar auch ein staatliches „Komitee zur Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS“ gebildet. Bis Ende März sollten alle Mitarbeiter der Stasi – bis auf die der Auslandsespionage – aus dem Dienst entlassen sein. Mit den ersten freien Wahlen in der Geschichte der DDR am 18. März 1990 hatte sich eine wesentliche Forderung der Demonstrationen vom Herbst 1989 erfüllt. Eine weitere wurde am 3. Oktober mit der Wiedervereinigung Deutschlands Wirklichkeit.

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

Abt.	Abteilung
Abt. III	Funkaufklärung
Abt. VI	Grenzüberschreitender Verkehr, Tourismus
Abt. VIII	Beobachtung und Ermittlung
Abt. IX	Untersuchungsorgan
Abt. XIX	Verkehr, Post, Nachrichtenwesen
Abt. XX	Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund
Abt. M	Postkontrolle
Abt. roem. 6	hier gemeint Abt. VI
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
Asta.	Antragsteller – auf ständige Ausreise aus der DDR
BdL	Büro der Leitung/des Leiters
BDVP	Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei
bhf.	Bahnhof
BL	Bezirksleitung
bln	Berlin
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverwaltung
cfs	chiffriertes Fernschreiben
CSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Ddn	Dresden
DDR	Deutsche Demokratische Republik
de	Diensteinheit
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DVP	Deutsche Volkspolizei
D-Zuges	Durchgang-Zug
F	Feuerwehr
FDJ	Freie Deutsche Jugend
F. d. R.	Für die Richtigkeit
FIM	Führungs-IM
Fstw.	Funkstreifenwagen
Gen.	Genosse
gez.	gezeichnet
GKS	Geheime Kommandosache
GVS	Geheime Verschlussache
Güst	Grenzübergangsstelle
HA	Hauptabteilung
HA II	Spionageabwehr
HA IX	Untersuchungsorgan
HA XX	Staatsapparat, Kultur, Kirche,
HA roem. 2	hier gemeint HA II

HA roem. 9	hier gemeint HA IX
HA roem. 20	hier gemeint HA XX
Hptm.	Hauptmann
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
KD	Kreisdienststelle
Kfz	Kraftfahrzeug
KGB	Kampfgruppenbataillon
KMStadt	Karl-Marx-Stadt
KMU	Karl-Marx-Universität
Kp	Kompanie
Krs.	Kreis
KSG	Katholische Studentengemeinde
Ltr.	Leiter
LVZ	Leipziger Volkszeitung
Mdl	Ministerium des Inneren
Mfs	Ministerium für Staatssicherheit
Mj.	Major
MOT	Motschütze
mot.	motorisiert
Mstr.	Meister
NVA	Nationale Volksarmee
OdH	Offizier des Hauses
OES	Operativer Einsatzstab
OHS	Offiziershochschule
Omstr.	Obermeister
OP	Operation
OPK	Operative Personenkontrolle
OSL	Oberstleutnant
Owm.	Oberwachtmeister
PA	Personalausweis
PKE	Passkontrolleinheit
PKW	Personenkraftwagen
Prof.	Professor
RBD	Reichsbahndirektion
RD	Rückwärtige Dienste
rueckw.	Rückweisung
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Stck.	Stück
Stellv.	Stellvertreter
SV	Strafvollzug
trapo	Transportpolizei
TPA	Transportpolizeiamt
VEB	Volkseigener Betrieb
VP	Volkspolizei
Vpb	Volkspolizeibereitschaft
VPKA	Volkspolizeikreisamt
VVS	Vertrauliche Verschlusssache
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZK	Zentralkomitee

ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe
ZOS	Zentraler Operativstab
StGB	
§ 212 StGB	Widerstand gegen staatliche Maßnahmen
§ 217 StGB	Zusammenrottung
§ 220 StGB	Staatsverleumdung



Abb. 20/21
Fotos: BStU/Dresen

Der BStU und seine Außenstellen

Seinen Hauptsitz hat der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Berlin. Zudem gibt es Außenstellen in zwölf ehemaligen Bezirkssädten der DDR: Chemnitz, Dresden, Erfurt, Frankfurt (Oder), Gera, Halle, Leipzig, Magdeburg, Neubrandenburg, Rostock, Schwerin und Suhl. In Potsdam und Cottbus gibt es Beratungsstellen.

Unabhängig vom Wohnort können Bürgerinnen und Bürger in allen Dienststellen Akteneinsicht beantragen, die eigene Akte lesen oder Veranstaltungen und Ausstellungen besuchen.

Ausführliche Informationen zur Arbeit des BStU finden Sie im Internet unter www.bstu.de.

Kontaktdaten Berlin/Brandenburg**Zentralstelle Berlin**

Karl-Liebknecht-Straße 31/33
10178 Berlin-Mitte
Postanschrift: 10106 Berlin
Tel.: 030 2324-50
post@bstu.bund.de

Bürgerberatung

Persönliche Beratung ist zu folgenden Zeiten möglich:
Mo-Do 08:00-12:00 und 13:00-17:00

Fr 08:00-14:00

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:
030 2324-7000

Archiv der Zentralstelle

Ruschestraße 103
Eingang Haus 7
10365 Berlin
Tel.: 030 2324-6699
Fax: 030 2324-6619
archivfuehrungen@bstu.bund.de

Anfragen von Forschern und Medienvertretern

AU 5 | AU 6
Tel.: 030 2324-9050 / -9061
Fax: 030 2324-9059 / -9069
GZ.AU5@bstu.bund.de
GZ.AU6@bstu.bund.de

Abteilung Bildung und Forschung

Tel.: 030 2324-8801
Fax: 030 2324-8809
GZ.BF@bstu.bund.de

Fachbibliothek

Öffnungszeiten:
Mo, Di, Do 08:30-16:30
Mi 10:00-18:00
Fr 08:30-14:30

Tel.: 030 2324-8862
Fax: 030 2324-8819
bibliothek@bstu.bund.de

**Historisch-politische Bildung
und Ausstellungen**

Tel.: 030 2324-8831
Fax: 030 2324-8839
GZ.BF3@bstu.bund.de

Außenstelle Frankfurt (Oder)

Fürstenwalder Poststraße 87
15234 Frankfurt
Tel.: 0335 6068-0
astfrankfurt@bstu.bund.de

Beratungsstelle Cottbus

Karl-Marx-Straße 67
03044 Cottbus
Jeden letzten Dienstag im Monat 09:00-17:00

Beratungsstelle Potsdam

Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert
Lindenstraße 54
14467 Potsdam
Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat 10:00-18:00

Kontaktdaten Mecklenburg-Vorpommern**Außenstelle Neubrandenburg**

Neustrelitzer Straße 120
17033 Neubrandenburg
Tel.: 0395 7774-0
astneubrandenburg@bstu.bund.de

Außenstelle Rostock

18196 Waldeck-Dummerstorf
Tel.: 038208 826-0
astrostock@bstu.bund.de

Außenstelle Schwerin

19065 Görslow
Tel.: 03860 503-0
astschwerin@bstu.bund.de

Kontaktdaten Sachsen-Anhalt**Außenstelle Halle**

Blücherstr. 2
06122 Halle
Tel.: 0345 6141-0
asthalle@bstu.bund.de

Außenstelle Magdeburg

Georg-Kaiser-Str. 7
39116 Magdeburg
Tel.: 0391 6271-0
astmagdeburg@bstu.bund.de

Kontaktdaten Sachsen

Außenstelle Chemnitz
Jagdschänkenstraße 52
09117 Chemnitz
Tel.: 0371 8082-0
astchemnitz@bstu.bund.de

Außenstelle Dresden

Riesaer Straße 7
01129 Dresden
Tel.: 0351 2508-0
astdresden@bstu.bund.de

Außenstelle Leipzig

Dittrichring 24
04109 Leipzig
Tel.: 0341 2247-0
astleipzig@bstu.bund.de

Kontaktdaten Thüringen

Außenstelle Erfurt
Petersberg Haus 19
99084 Erfurt
Tel.: 0361 5519-0
asterfurt@bstu.bund.de

Außenstelle Gera

Hermann-Drechsler-Straße 1
Haus 3
07548 Gera
Tel.: 0365 5518-0
astgera@bstu.bund.de

Außenstelle Suhl

Weidbergstr. 34
98527 Suhl
Tel.: 03681 456-0
astsuhl@bstu.bund.de

Quellennachweis

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU):

S. 9-11 (BStU, MfS, HA IX 10768, S. 106-108)
 S. 12-13 (BStU, MfS, BV Dresden, Abt. XIX 20230, S. 1-2)
 S. 14-18 (BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG 5154, S. 55-59)
 S. 20-22 (BStU, MfS, HA IX 10768, S. 83-85)
 S. 23-25 (BStU, MfS, BV Dresden, 1. Stv. d. Leiter, Nr. 1, T2/2, S. 194-196)
 S. 26-27 (BStU, MfS, BV Dresden, 1. Stv. d. Leiter, Nr. 1, T2/2, S. 209)
 S. 28-29 (BStU, MfS, BV Dresden, 1. Stv. d. Leiter, Nr. 1, T2/2, S. 202-203)
 S. 30-31 (BStU, MfS, BV Dresden, 1. Stv. d. Leiter, Nr. 1, T2/2, S. 206-207)
 S. 32 (BStU, MfS, BV Dresden, 1. Stv. d. Leiter, Nr. 1, T2/2, 214)
 S. 36 (BStU, MfS, BV Dresden, 1. Stv. d. Leiter, Nr. 1, T2/2, S. 215)
 S. 37-38 (BStU, MfS, BV Dresden, Abt. VIII 10152, S. 12, 15)
 S. 39 (BStU, MfS, BV Dresden, 1. Stv. d. Leiter, Nr. 1, T2/2, S. 215)
 S. 41 (BStU, MfS, BV Dresden, 1. Stv. d. Leiter, Nr. 1, T1/2, S. 17)
 S. 42 (BStU, MfS, BV Dresden, Abt. VII 7341, S. 1)
 S. 43-49 (BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG 748, S. 7-13)
 S. 52-55 (BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, M 194, S. 2, 3, 3a, 4)
 S. 57-58 (BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG 5263, S. 101-102)
 S. 61-62 (BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG 5263, S. 103-104)
 S. 64-65 (BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX 1714, S. 100-101)
 S. 67 (BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX 1714, S. 102)
 S. 68-71 (BStU, MfS, BV Dresden, 1. Stv. d. Leiter, Nr. 1, T1/2, S. 48-51)
 S. 72-73 (BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. IX 00004/18, S. 73-74)
 S. 75-77 (BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. VII 00004/05, S. 40-42)
 S. 78 (BStU, MfS, BV Dresden, 1. Stv. d. Leiter, Nr. 1, T1/2, S. 96)
 S. 79-81 (BStU, MfS, BV Dresden, Leiter d. BV, Nr. 10956, S. 26, 29-30)
 S. 83 (BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. XX 01423, S. 28)
 S. 84-85 (BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 3880/92, Bd. 4, S. 63-64)
 S. 86-91 (BStU, MfS, BV Leipzig, Leitung 01827, S. 1-6)

Bildnachweis

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU):

Titel: Mit Schild und Schlagstöcken ausgerüstete Polizeieinsatzkräfte am 7. Oktober 1989 in der Otto-Grotewohl-Straße (heute Bahnhofstraße) in Karl-Marx-Stadt
 (BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX 2734, S. 3/Bild 51)

Volkmar Zschocke:
 S. 50-51/Abb. 9: Polizeieinsatzkräfte im Hauptbahnhof Karl-Marx-Stadt, Oktober 1989

Eckhard Otto:
 S. 92-93/Abb. 19: Demonstranten auf dem Leipziger Innenstadtring, 9. Oktober 1989

Impressum

Herausgeber

BStU
Karl-Liebknecht-Straße 31/33
10178 Berlin
Postanschrift: 10106 Berlin

Tel.: 030 2324-50
post@bstu.bund.de

Gestaltung

Pralle Sonne
Berlin

Redaktion

BStU
Stabsstelle Kommunikation
10106 Berlin
[www.bstu.de](http://www bstu de)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU). Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht für den Verkauf bestimmt.
Weitere Informationen unter [www.bstu.de](http://www bstu de)

Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

© BStU 07/2014

www.bstu.de

